

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungskarte Nr. 4588) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Interesse werden die 5 geplante Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf., berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Interessen für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Aufgegebene Interesse können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertag geschlossen.

Neutralität.

* Leipzig, 13. Juni.

Unser d. Mitarbeiter schreibt uns:

„Neutralität“, das war das Stichwort, welches auf den verschiedenen zu Pfingsten stattgefundenen Gewerkschaftskongressen eine große Rolle gespielt hat. Überall war man neutral — nur waren und sind es immer die anderen, welche die Neutralität verleugnen.

Und sie haben alle recht, jeder versteht und sieht die Neutralität nach seiner Weise. Den offenkundigsten Widerstand auf diesem Gebiete leisteten sich die Hirsch-Dunderianer. Nach einem Referat des Verbandsamts Dr. Max Hirsch nahm man eine Resolution an, in welcher es u. a. heißt:

Der 14. Verbandstag erklärt: Die Neutralität der Arbeitervereine, das heißt ihre Trennung und Unabhängigkeit von parteipolitischen und kirchlichen Bestrebungen, bildet ein wesentliches Erfordernis, um ihre wahren, die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben, unverfälscht und mit konzentrierter Kraft zu erfüllen. Dieser Grundsatz ist für die deutschen Gewerkschaften seit ihrer Entstehung unverbrüchlich maßgebend gewesen.

Ein großer Teil der Gewerkschaften, sowohl sozialdemokratischer als auch christlicher Richtung, verfolgt dogmatisch wie tatsächlich partei- oder kirchenpolitische Zwecke. An sie, nicht an die längst neutralen Gewerkschaften ist daher die Aufforderung zur Neutralisierung zu richten...

Nachdem man so parteipolitische Bestrebungen durch und in der Gewerkschaft feierlich in Acht und Wahn erkläre, entschied man sich für Beibehaltung des bekannten Vertrages, welcher den Eintritt von Sozialdemokraten in die „neutralen“ Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ausschließt.

Auch die evangelischen Arbeitervereine, die in Speyer ihren Verbandstag abhielten, beschäftigten sich mit der Gewerkschaftsfrage. Den Mitgliedern der Vereine wird empfohlen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, jedoch nur einer solchen Gewerkschaft, die keine partei- oder kirchenpolitischen Tendenzen verfolgt. Diese „Neutralität“ veranlaßte, daß die Vertreter des rheinisch-westfälischen Verbandes sich entfernten und dieser Verband mit 30 000 Mitgliedern aus dem insgesamt 70 000 Mitglieder zählenden Gesamtverband ausscheidet. Eine weitere, praktische Bedeutung für die Arbeiterbewegung wird der Beschluss des Verbandstages nicht haben.

Von größerer Bedeutung waren die Neutralitätsverhandlungen auf dem 3. christlichen Gewerkschaftskongress. Er bestätigte, was wir an dieser Stelle schon vor fast einem Jahre über die „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften ausführten. Die Neutralität steht unter kirchlicher Kontrolle und daß unter dieser Kontrolle die Herrschaft der Kirche nicht in Gefahr kommt, dafür werden die clerikalen schon sorgen. Dazu kann sich vielfach über die Bedeutung der Hirtenbeschreibungen und die Stellungnahme der christlichen

Gewerkschaften geirrt, hat der Kongress bewiesen. Man könnte bald zur Annahme gelangen, die Hirtenbeschreibungen und die „Proteste“ der „neutralen“ Christlichen seien ein abgelarter Plan gewesen. Die Hirtenbeschreibungen richteten sich tatsächlich gegen die von einzelnen christlichen Führern als erstrebenswertes Ziel proklamierte Neutralität der Gewerkschaften. Die vielversprochene Kölner Erklärung der christlichen Führer als energische Abwehr geistlicher Übergriffe angerechnet wurde, war in Wirklichkeit weiter nichts als eine feierliche Anerkennung der von den Bischöfen gestellten Forderung. Der wesentliche Inhalt dieser Erklärung lautet:

1. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die mit großer Mühe und unter großen Opfern jene ins Leben gerufen haben, müssen sich gegen den Ausbruch im Erzbistum Freiburg; daß ihnen das Wort christlich nur leerer Schall und ein Aushangschild sei und „daß sie nur für die Sozialdemokratie jene Kreise organisierten, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollten“, auf das entschieden verwahren.

Diese Annahme, wie sie in dem fraglichen Erlass und auch einem kleinen Teile der katholischen, allerdings nicht maßgebenden Presse zum Ausbruch gekommen, ist durch keinerlei Thatsachen begründet und eine unverdiente Kränkung der bisher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung thätigen Mitglieder und Freunde des Arbeitertumans.

2. Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in christlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel, doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirklichkeit den christlichen Grundlagen nicht widerstreiten. Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen erzielen, halten wir an dem auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Mainz aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage bestehen sollen.

Mehr könnten die Bischöfe wirklich nicht versprechen. Man wehrte sich dagegen, daß ihnen (den christlichen Führern) das Wort christlich nur leerer Schall sei und erklärte es als selbstverständlich, und mit Nachdruck, daß nach wie vor bei Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur gelten sollten! — Damit hatte man für die Gegenwart und Zukunft die christlichen Gewerkschaften als außerhalb des neutralen Rahmens stehend erklärt, weil man sie den Intentionen der Kirche unterwarf. Die Auslegung und Definition christlicher Grundsätze steht nicht dem Laien zu, sondern der Kirche, deren diesbezüglichen Unterweisungen sich jeder zu führen hat. Daß die christlichen Gewerkschaften auf selbständige Entscheidung über christliche Grundsätze verzichten, hat man auf ihrem Kongreß ausdrücklich anerkannt. Ohne Widerpruch zu finden, wurde dort als Grundsatzt aufgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften sich streng an die Grundsätze des Christentums zu halten haben, diese zu erörtern sei aber nicht Aufgabe der Gewerkschaften!

Nach der Interpretation der Kirche, nach dem christlich-kirchlichen Autoritätsprinzip steht die Idee des Klassenkampfes mit den christlichen Grundsätzen in diametralem Gegensatz und ist demnach der Klassenkampf der Arbeiter unchristlich und für christliche Gewerkschaften unmöglich.

Dies ist der springende Punkt bei Beurteilung der Neutralitätsfrage seitens der freien Gewerkschaften. Diese stehen auf dem Boden des Klassenkampfes und da fragt es sich, ob trotz der grundsätzlichen Auffassung über das Wesen der Arbeiterbewegung eine Verschmelzung der verschiedenen Richtungen auf neutralem Boden möglich ist. Dass die katholischen Arbeiter in Masse, als Korporation, sich dem Panne der Kirche entziehen, daß sie sich von der Notwendigkeit der Trennung ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung von den vernünftlichen transzendentalen Interessen überzeugen, dafür Gläubige zu finden, erscheint uns nach den letzten Ereignissen und nach der ganzen Geschichte der Kirche kaum möglich. Das Aufgehen der christlichen Gewerkschaften in eine neutrale Organisation ist daher auch nur Illusion.

Dass die freien Gewerkschaften die Neutralität so weit treiben, ihren Klassenstandpunkt aufzugeben, ist ausgeschlossen, wo bleibt da die Möglichkeit, die verschiedenen Richtungen auf einer Grundlage zu vereinigen? Solche Idee ist und bleibt Utopie!

Es bleibt noch die Frage zu erörtern, ob nicht trotzdem aus praktischen Gründen unsererseits die Neutralität der Gewerkschaften zu betonen ist. Zu bestimmtem Sinne kann diese Frage bejaht werden. So weit die Neutralität als möglicher Ausschluss religiöser Diskussionen und partei-agitatorischer Tätigkeit verstanden werden soll. Dass wir niemanden in seinen religiösen Gefühlen verleiten durch beleidigende Angriffe auf eine Überzeugung, ist eine Anstandsregel, die besonders zu betonen überflüssig ist. Wenn aber seitens unserer Gegner durch Verquälung der religiösen Interessen mit den wirtschaftlichen die Arbeiter von der richtigen Vertretung der letzteren abgehalten werden sollen, dann können wir uns auch nach dieser Richtung der Pflicht der Ausklärung nicht entziehen. Auf Parteiaffiliation können wir in der Gewerkschaft ruhig verzichten, — nicht aber auf sozialdemokratische Politik. Wer das verlangt, fordert, keine Arbeiterpolitik zu treiben; oder gibt es etwa eine wirkliche Arbeiterpolitik, die der sozialdemokratischen entgegensteht? Dass das nicht der Fall ist, wissen unsere Gegner, und weil sie wissen, daß Arbeiterpolitik rein wirtschaftlicher Natur identisch ist mit der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik und weil das Interesse unserer Gegner selber Politik entgegensteht, wird die freie Gewerkschaft, wenn sie sich auch noch so sehr von parteipolitischer Agitation hält, noch so sehr Neutralität betont, niemals die Anerkennung einer neutralen Gewerkschaft erringen.

Ist, wie bereits bemerkt, die Möglichkeit, die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen auf einer Grundlage zusammenzuführen, ausgeschlossen, so wirkt andererseits die übermäßige Betonung, wir sollten neutral sein —

Seuilleton.

Massen verboden.

Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Zola.

Alle schwelgten im Vorgrühle des Triumphes, die Crecherie zu Richten, und besonders diesen Lucas zu zerstören, diesen Wahnsinnigen, der den Handel, das Erbrecht, das Geld, die ehrwürdigsten Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zerstören wollte. Nur Caffiaux blieb still und nachdenklich.

„Mir wäre es lieber gewesen, sagte er endlich, wenn die Stadt den Prozeß geführt hätte. Aber wenn es darauf ankommt, sich herumzuschlagen, so lassen die Herren immer lieber die anderen vorangehen. Wo sind sie denn, die hundert, die gegen die Crecherie flagbar aufstreteten würden?“

„Ich für meinen Teil wäre gleich dabei,“ schrie Dacheux, „wenn mein Haus nur nicht auf der anderen Seite der Straße läge! Aber vielleicht geht es doch, denn der Clouque berührt den Hof meiner Schwiegermutter. Der Henker soll's holen; ich muß mit dabei sein!“

„Da ist vorerst einmal Frau Mitaine,“ sagte Laboqué, „die sich genau in derselben Lage befindet wie ich, deren Haus ebenso geschädigt ist wie das meine, seitdem der Bach vertrocknet ist. Sie werden klagen, nicht wahr, Frau Mitaine?“

Er hatte sie eingeladen, in der geheimen Absicht, sie zu einer offenen Erklärung zu drängen, daß sie sich den

Feindseligkeiten anschließen wolle, denn er wußte, wie friedfertig und sanft die wackere Frau war. Sie nahm seine Worte lachend auf.

„O, der Schaden, den das Versiegen des Clouque mir verursacht hat! Nein, lieber Nachbar, in Wirklichkeit verhält es sich so, daß ich Befehl gegeben habe, niemals einen Tropfen dieses verdorbenen Wassers zu verwenden, da ich fürchtete, daß meine Kunden frank davon werden könnten. Der Bach war so schmutzig und roch so schlecht, daß wir an dem Tage, wo er wieder zu fließen anfangen würde, gesieben würden, ihn mit großen Kosten einzuhüllen, wie das schon einmal angezeigt wurde.“

Laboqué that, als habe er nichts gehört.

„Jedenfalls sind Sie doch aber mit uns, Frau Mitaine, Ihre Interessen sind die unserigen, und wenn ich meinen Prozeß gewinne, so werden Sie doch mit den anderen Hausbesitzern an den Bachufern zusammengehen, die sich auf das Urteil stützen werden?“

„Wir werden sehen, wir werden sehen,“ erwiderte die schöne Väterin, ernst geworden. „Ich will gerne mit der Gerechtigkeit gehen, wenn sie gerecht ist.“

Laboqué mußte sich mit diesem bedingten Versprechen zufrieden geben. Im übrigen raubte ihm seine blinde Verfolgungswut jede kühle Neuerlegung; er glaubte schon den Sieg errungen, die sozialistischen Wahnbücher vernichtet zu haben, deren Verwirklichung innerhalb vier Jahren seine Geschäfte auf die Hälfte hätte sinken lassen. Die ganze Gesellschaft rettete er und rächte er, indem er mit Dacheux um die Wette mit der Faust auf den Tisch schlug; während der schläge und vorsichtige Caffiaux abwartete, ob Beauclair oder die Crecherie siegen werde, ehe er offen irgend eine Partei ergriß. Während dieser Zeit sahen die Kinder an ihrem mit Augen und Süßig-

keiten besetzten Tische, hörten nichts von der nahenden Schlacht und lachten und zwitscherten wie eine Schar Vögeln, die unter freiem Himmel der Zukunft entgegenfliegen.

Ganz Beauclair geriet in heftige Erregung, als man von der Klage Laboques, von dem Erfolgspruch vor fünfundzwanzigtausend Franken hörte, die das Ultimatum, die Kriegserklärung an den Feind bedeutete. Von da ab gab es einen Einigungspunkt für den Haß der einzelnen, die zerstreuten Feindseligkeiten sammelten sich zu einer geschlossenen Armee, die sich Lucas und seinem Werke gegenüberstellte, dieser teuflischen Fabrik, wo der Untergang der alten, ehrwürdigen Gesellschaft geschmiedet wurde. Es galt, die Gesetze, das Eigentum, die Religion, die Familie zu verteidigen. Alle Bewohner Beauclairs schlossen sich allmählich dieser Armee an, die Kaufleute hetzten ihre Kunden auf, die Bürger, denen alles Neue Furcht einflößte, scharten sich gegen den gefährlichen Feind. Es gab keinen kleinen Menniger, der sich nicht von einem schrecklichen Unsturm bedroht fühlte, in dem seine kleine egoistische Existenz vernichtet werden könnte. Die Frauen waren erzürnt und empört, seitdem der Sieg der Crecherie ihnen als der eines abschaulicher Ortes dargestellt wurde, indem sie sich jedem ersten hingeben müßten, der sie würde nehmen wollen. Selbst die Arbeiter, selbst die armen Hungernden bekamen Angst und begannen den Mann zu verwünschen, dessen heisses Sehnen es war, sie zu retten, und den sie anklagten, daß er ihr Elend verschärfe, indem er die Herren und die Reichen noch hartherziger mache. Aber was Beauclair besonders mit Wist und Wit durchtränkte, das war ein heftiger Feldzug, den das von dem Drucker Leblanc herauzeugegebene Lokalblättchen gegen Lucas führte. Dr.

oder gar erst noch werden, auf die Lösung der unter dem Banne der Klerikalen von der Vertretung ihrer Interessen fern gehaltenen Arbeiter eher hennend als fördernd. Der katholische Arbeiter wird zunächst in den Glauben versetzt, die christliche Organisation sei notwendig, und die aus Neutralitätsbedenken vermiedene scharfe Auslegung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Gegenseite, sowie die Untersetzung des Nachweises von der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Interessen nicht mit den religiösen zu verquicken, resp. der Nachweis, daß die wirkliche Vertretung der wirtschaftlichen Interessen den religiösen gar nicht entgegenstellt, veranlaßt den katholischen Arbeiter dazu, die Grundlage der christlichen Organisation als die richtige zu erkennen, hindert ihn daran, sich aus dem Banne der Irrungen und Wirkungen zu befreien, und dadurch wird der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter nicht gefördert, sondern behindert.

Die wirtschaftliche Einheitsorganisation kann nur das Produkt der Aufklärung der Arbeiter, Abbrödelung von den Sonderorganisationen und Assimilierung in die freien Gewerkschaften sein. Dies zu erreichen, muß unser Ziel sein; allerdings wird es noch viele Mühe und Opfer kosten. Damit ist keineswegs gesagt, daß wir nicht mit bestehenden Organisationen uns zur Erreichung bestimmter Ziele zum gemeinsamen Vorgehen von Fall zu Fall nach Möglichkeit vereinigen sollen. Im Gegenteil. Wir benutzen jedes Mittel, wirtschaftliche Vorteile zu erringen, natürlich muß das immer unter Bewahrung der Grundsätze der Gesamtwirtschaft der Arbeiter geschehen. Dabei mag man sich über keiner zu großen Hoffnung auf ein Paktieren mit anderen Organisationen hingeben. Gerade die „Erfolge“ des Bergarbeiterverbandes, der in der Betonung der Neutralität wohl am weitesten gegangen ist, dürften jeden Optimismus nach dieser Richtung gründlich löschen. Was hat man erreicht? Praktisch nicht viel mehr wie nichts! Bei den Gewerkschaftswahlen standen die beiden Verbände, der sogen. alte Verband und der christliche Gewerksverein, allerdings einigemal zusammen. Aber das hat wirklich wenig Bedeutung. Die Majorität haben die Arbeiter dabei nicht errungen und werden sie nicht erringen — im Notfalle wird schon ein Mittel gefunden, auch auf diesem Gebiete ein Zusammengehen illusorisch zu machen. Bei den letzten Wahlen ging der Gewerksverein übrigens schon selbständig vor, und der Zechenkandidat siegte. — Bei anderen Fragen konnte ein Zusammengehen aber überhaupt noch nicht erzielt werden — zur rechten Zeit für die Unternehmer brachten die „christlichen“ Grundsätze jedesmal eine Absage seitens des Gewerksvereins an den alten Verband. So war es im Februar vorigen Jahres, nachdem die beiden Verbände gemeinsame Forderungen eingereicht. Tylus hinterher schrieb Brust die bekannte Absage unter der Anschuldigung, der alte Verband wollte im Interesse der Sozialdemokratie zum Schaden der Arbeiter einen Streit inszenieren! — Die Unternehmer lachten sich ins Häuschen, lehnten die Forderungen schlankweg ab, und die Gewerkschaftsmitglieder überzeugte man, den Interessen der Sozialdemokratie seien die ihrigen geopfert worden. Und jetzt, wo durch das Zusammenstehen der beiden Verbände die Lohnreduktions- und Pfazregelung der Grubenmagnaten etwas geziigt werden könnte, bricht Brust wiederum einen Streit vom Zaune und, um den Hohn vollständig zu machen, giebt er den äußeren Anlaß zu der neuen Kampfansage, die Stellungnahme des alten Verbandes gegen die christliche Brotwucherpolitik.

Nach solchen Erfahrungen ist wohl die Frage aufzuwerfen, ob durch das Paktieren den Arbeitern nicht anstatt Vorteile, Schäden erwachsen sind. Leider müssen wir nach einer Richtung solche Frage ohne weiteres bejahen! Die ängstliche Sucht, den Christlichen Anlaß zu selbst unberechtigten Vorwürfen zu geben, die stets wiederkehrende Betonung der Neutralität bringt bereits Zeichen der Verwirrung. Jeder Betonung unserer Neutralität folgt christlicherseits die Behauptung, die freien Gewerkschaften würden zu parteipolitischen Zwecken missbraucht. Verführt durch die Form dieser Vorwürfe, welche imputiert, unter dem Deckmantel lobenswerter Bestrebungen würden schimpflische Zwecke verfolgt, andererseits die eifige Betonung der Neutralität als Gegensatz zu den gezeichneten Vorwürfen, werden diese von weniger geschulten Arbeitern als Bekleidungen empfunden oder doch als solche zurückgewiesen. Wiederholt machen wir die Erfahrung, daß

Arbeiter, die uns als eifige Parteigenossen bekannt sind, in Versammlungen die Bezeichnung der freien Gewerkschaften als sozialdemokratische, unter sichtlichen Zeichen der Entrüstung, zurückweisen. Ein besonders krasser Fall sei hier angeführt. In Uelendorf bei Bremen fand in vergangener Woche eine Versammlung statt, die von streitenden Brauern einberufen war. Das Unternehmerorgan, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, bezeichnete diese Versammlung als eine „sozialdemokratische Veranstaltung“. In einer, wenige Tage später stattfindenden Versammlung, bemerkte einer der Anwesenden mit Bezug auf die erwähnten Ausschaffungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung: „Keine Sozialdemokraten, sondern ehrliche und brave Arbeiter sind es gewesen, die dort anwesend waren. Wir sind keine Sozialdemokraten!“ Wir kennen den Sprecher dieser Sache ganz gut und wissen, daß er sich zur Sozialdemokratie bekennt und seit langen Jahren in der Arbeiterbewegung thätig ist, u. a. in Berlin als Vertrauensmann wirkte. Zweifellos hat sich der Betreffende unglücklich ausgedrückt, er wollte nur sagen, daß die Sozialdemokratie mit der Versammlung nichts zu thun habe. Aber daß man die Identifizierung solcher Versammlungen mit der Sozialdemokratie als Bekleidung auffaßt, ohne das Bewußtsein der Diskreditierung der Partei zu empfinden, das ist ein bedauerliches Zeichen der Verwirrung.

Solche Erfolge der „Neutralität“ werden nicht nur bei einzelnen Personen gezeigt, dieselbe Beobachtung kann man auch bei der Erscheinung machen, daß in den Kreisen der Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes viele Stimmen aus Rücksicht auf die Christlichen Bedenken geltend machten, in denselben Lokal zu tagen, in welchen Parteiversammlungen stattfinden sollten. Nach solchen Erfahrungen und nachdem auf der letzten Generalversammlung des alten Verbandes fast alle Redner sich gegen eine zu weit gehende Neutralität ausgesprochen, und nachdem sich der Metallarbeiterverband auf der Generalversammlung im Sinne unserer Darlegungen erklärt hat, darf wohl darauf gerechnet werden, daß die Neutralitätspolitik für die Folge in gemäßigten Bahnen wandeln wird.

Politische Übersicht.

Der Fünfmarkzoll und die Junker.

Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, die verbündeten Regierungen seien gewillt, vom Doppeltarif Abstand zu nehmen und dafür einen Roggenzoll von 5 Mark, sowie einen Weizenzoll von 6 Mark vorzuschlagen. Jedenfalls wollen die Regierungen, so wird versichert, über einen Roggenzoll von 5 Mark nicht hinausgehen. Das erregt natürlich den Zorn der Grenzzeitungsräte, obwohl 5 Mark eine Zollerhöhung von 48 Prozent bedeuten.

Grimmig rast das Junkerblatt:

Wenn es wirklich dahin kommen sollte, daß wir einen Einheitszoll mit 5 Mark Roggenzoll erhalten, so hat das für die Landwirtschaft so ziemlich die nämliche Wirkung, wie wenn der alte Zolltarif aufrecht erhalten würde.

Gegenüber den jungerländischen Rentenpolitikern wollen wir nicht verschämen, zu erwähnen, was Herr v. Stauffenberg, der jüngst verstorbene bayerische Großgrundbesitzer, seiner Zeit über Getreidezölle gesagt hat. Es war 1891, als im deutsch-österreichischen Handelsvertrag der Getreidezoll von 5 auf 8.50 Mark heraufgesetzt wurde. Damals sprach Herr v. Stauffenberg im Reichstag:

Ich weiß sehr wohl, daß man dadurch, daß man einen Gegenstand bespricht, ihn an und für sich nicht besser macht; und ich weiß sehr wohl, daß durch eine Herauslegung des Getreidezolls um 1 Ml. 50 Pg. das menschliche Glück auch nicht aus der Welt verschafft wird. Ich glaube sogar zu, daß Umstände eintreten können, welche im Preise diese 1 Ml. 50 Pg. nicht derart erscheinen lassen, daß eine Erniedrigung um diesen Preis kommt. Aber sehr wahrscheinlich ist doch, daß eine Erhöhung des Preises bis zu einem gewissen Grade abgewendet wird. Dann bitte ich doch auch etwas zu bedenken: es ist nicht das Brot allein, um das es sich handelt, sondern es sind alle Gegenstände des Verzehrs, welche mit einem ziemlich hohen Zoll und dadurch mit einer Erhöhung betroffen sind, von dem Et an bis zu dem Fleisch. Meine Herren, wenn Sie all diese Dinge zusammenzumachen, dann giebt es doch für die kleinen Budgets ein so starkes Item, daß wir mit einer gewissen Sicherheit über diese Dinge — und das ist das wenigste, was ich verlangen darf — reden sollen. Jedenfalls habe ich das Gefühl, daß ich als Großgrundbesitzer nicht das Recht habe, über einen mit entgegengesetztem Profit zu klagen, wenn so und so viele Leute in Deutschland eben wegen dieses Profits zum Zerfall bringen müssen.

folge des besonderen Anlasses erschien die Zeitung zweimal wöchentlich, und man vermutete in dem Hauptmann Zollivet den Verfasser der Artikel, deren wütende Sprache Klugsassen erregte. Die Angriffe bestanden allerdings nur aus einem Gemengsel von Lügen und Irrtümern, aus den gewohnten albernen Verunglimpfungen, mit denen die Feinde des Sozialismus gegen diesen kämpfen, indem sie seine Absichten verzerren und seine Ideale beschimpfen. Aber diese Angriffe verfehlten ihre Wirkung auf die schwachen, unvorsenden Köpfe nicht, und es war erstaunlich, wie die Empörung, von allerlei Intriquen genährt und gestachelt, immer weitere Kreise ergriff, wie sich gegen den Störenfried bisher feindliche Klassen vereinigten, die wütend darüber waren, daß man sie aus ihrer Jahrhundertealten Stoake aufstören wollte, unter dem falschen Vorwande, sie versöhnt in das gesunde, gerechte und glückliche Reich der Zukunft zu führen.

Zwei Tage, ehe der Prozeß, den Laboqué gegen Lucas angestrengt hatte, vor dem Gericht zu Beauclair zur Verhandlung kommen sollte, gaben die Delaveau ein großes Déjeuner, dessen geheimer Zweck war, sich vor der Schlacht zu treffen und zu vereinigen. Das Ehepaar Boisgelin war natürlich geladen, ferner der Bürgermeister Gourier, der Unterpräfekt Chatelard, der Präsident Gaume mit seinem Schwiegersohn, dem Hauptmann Zollivet, endlich der Abbé Marle. Auch die Damen waren geladen, damit die Zusammenkunft den Charakter eines bloß freundlichen Mahles erhalten.

Chatelard kam wie gewöhnlich um halb zwölf Uhr zum Bürgermeister, um ihn und seine Frau, die noch immer schöne Leonore, abzuholen. Seit dem Erfolg der Crecherie machte Gourier böse Stunden voll Unruhe und Zweifel durch. Zuerst hatte er durch die Hunderte von Arbeitern, die er in seiner Schuhfabrik in der Rue de Brie,

beschäftigte, eine Bewegung gehen gefühlt, das Beben des kommenden Neuen, der drohenden Association. Dann hatte er sich gefragt, ob es nicht am besten wäre, mitzugehen, sich selbst an dieser Association zu beteiligen, die ihn zu Grunde richten könnte, wenn er sich ihr nicht anschloß. Aber er verbarg diesen inneren Kampf vor aller Augen, denn in seinem Herzen blutete eine offene Wunde, lebte ein tiefer persönlicher Hass gegen Lucas, seitdem sein Sohn Achill, der unabhängige, eigenwillige junge Mensch sich von ihm losgesagt und eine Anstellung auf der Crecherie angenommen hatte, wo er sich in der Nähe von Blauchon befand, der Geliebten, mit der er in hellen Nächten geheime Zusammenkünfte hatte. Gourier hatte verboten, den Namen des Un dankbaren in seiner Gegenwart auszusprechen, der aus seiner Klasse desertiert war, um zu dem Feinde alles Bestehende überzugehen. Über ohne daß er es gestehen wollte, hatte die Flucht seines Sohnes seine innere Ungewissheit vermehrt, ihn mit der geheimen Furcht erfüllt, daß er eines Tages gezwungen sein könnte, ihm zu folgen.

„Dun also,“ sagte er zu Chatelard, sowie dieser eingetreten war, „da wäre er denn, dieser Prozeß. Laboqué war heute wieder bei mir, um gewisse Dokumente von mir zu verlangen. Er geht noch immer darauf aus, die Stadt in die Sache hineinzuziehen, und es ist wirklich schwer, ihm nicht hilfreiche Hand zu bieten, nachdem man ihn so vorwärts gedrängt hat, wie wir es gethan haben.“

Der Unterpräfekt lächelte bloß.

„Nein, nein, lieber Freund, folgen Sie meinem Rat und lassen Sie die Stadt neutral bleiben. Sie sind klug genug gewesen, meinen guten Gründen nachzugeben und keinen Prozeß anzustrengen, sondern den schrecklichen Laboqué, der so rachsüchtig und blutdürstig ist, allein den Kampf aufzunehmen zu lassen. Ich bitte Sie sehr, ver-

Herr v. Stauffenberg war eben nicht nur Junker, sondern auch Kavalier im guten Sinne des Wortes und so mußte er den Brotwucher weit von sich weisen. In den Augen gieriger Ostelbier ist er natürlich ein „Abträumer“.

Das Ausland und die Handelsverträge.

Herr v. Witte hat zuerst das Wort zu den geplanten Abentenreihkeiten unserer Agrarier genommen, und er hat am laufenden und deutlichsten geredet, weil er der Nächste dazu ist. In dem Zustandekommen neuer Vertragsabschlüsse mit Deutschland hat Russland ein unglaublich größeres Interesse als die übrigen Vertragsstaaten, wie auch umgekehrt Russland für die deutschen Produkte als Exportstaat in erster Linie in Betracht kommt. Aber auch in Österreich-Ungarn und in Italien regt es sich, und während im parlamentlosen Russland Warnungs signale nach Berlin in der Presse laufen werden, spricht man sich in den beiden Dreibundstaaten lieber in den Volksvertretungen aus. Im schönen Österreich, wo der Nationalitätenhader das politische Grundmotiv ist, klingt natürlich so etwas wie Deutschenhaß mit, und die Frage neuer Handelsverträge mit Deutschland wird unschbar von gewisser Seite im Sinne deutschfeindlicher Tendenzen ausgeschaltet. So haben noch kurz vor Schluss des österreichischen Abgeordnetenhauses die Herren Roslonki und Genossen eine Interpellation eingebracht, worin von der Regierung die Mitteilung des Planes verlangt wird, den sie bei der Zoll- und Handelspolitik einstellig befolgen wollen. Weiter verlangt die Interpellation die Einleitung von Schritten zur Verhinderung der Erhöhung der Zölle für die Einfuhr landwirtschaftlicher Artikel nach Deutschland, sowie die Einführung der Einfuhr von Schlacht- und Zugvieh und von Pferden nach Deutschland, endlich wird interpelliert über die Ausführung der Veterinärkonvention seitens des deutschen Reichs.

Ganz gleichgültig, welcherlei Tendenzen für die Einbringung der Interpellation maßgebend waren, — dieselbe muß natürlich sachlich behandelt und beantwortet werden, und die österreichische Regierung hat dabei Gelegenheit, ihren Standpunkt gegenüber dem agrarischen Deutschland zu präzisieren.

Auch in der italienischen Deputiertenkammer ist die Frage der Handelsverträge vom Abg. Buzzatti angeschnitten und dabei gefragt worden, ob es wahr sei, daß man zunächst mit Deutschland, und dann mit Österreich wegen des Handelsvertrages verhandeln werde, ferner ob man gleichzeitig über die Erneuerung der Bundesverträge und der Handelsverträge verhandeln solle, wie dies im Jahre 1891 geschehen sei. Es ist wohl verständlich, daß dabei auch die Frage des Dreibundes und die Beziehungen zu Frankreich aufgeworfen würde. Für Italien hängt seine Handelspolitik mit seiner auswärtigen Politik auf engste zusammen, und die Frage eines günstigen Absharmerles ist für das Land so sehr eine Lebensfrage, daß es seine politische Gefolgschaft von der Handelspolitik der anderen Staaten gar nicht trennen kann. Unsere Dreibund-Begeisterter sollten auch damit rechnen.

Minister im Bauernkittel.

Die aus Aulah des Reichstages in Preußen angeordneten Ministerreihen in die von der kommenden Minister besondere gesährdeten ländlichen Distrikte haben zu einer langweiligen und läppischen Kontroverse geführt, ob denn der Reichskanzler den richtigen Ausdruck gefunden habe, als er die Minister zu diesen Reisen „erfuhrte“. Man weiß nun darauf hin, daß Fürst Bismarck ebenso verfahren sei. Alsdann wird viel besprochen, daß die Minister nicht nach der Art von Marx und Schröder gänzlich untersauten oder, wie man es sich aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts von dem Oberpräsidenten v. Bünke in Westfalen erzählt, im Bauernkittel zu Fuß das Land durchwandern wollen, um persönlich sich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei diesen Vereinigungen ein lokaler Augenschein nicht sonderlich in Betracht kommt, denn der Stand der Saaten ist in den verschiedenen Teilen der Provinzen und bei den verschiedenen Früchten ein ganz verschiedener, und auch mit Eisenbahn und Express können Minister doch immer nur ganz kleine Teile bereisen, die für die Gesamtlage wenig oder gar nichts beweisen. Es kommt in der Hauplsache, meint die Freisinnige Zeitung, darauf an, daß die Minister an Stelle des schriftlichen, aktenmäßigen Vertrags mit einander und mit den Bezirksbehörden in unmittelbare persönliche Verbindung kommen, um sich durch mündliche Darlegungen, durch Fragen und Antworten rascher ein Urteil darüber bilden zu können, ob und was von Seiten der Staatsregierung zu geschehen hat, um einen wirklichen Nostand aus-

lassen Sie diese Linie nicht und bleiben Sie einfacher Zuschauer; es wird immer noch Zeit sein, aus seinem Sieg Nutzen zu ziehen, wenn er siegreich bleibt. Ach, lieber Freund, wenn Sie wüßten, wie wohltätig es ist, die Dinge ruhig ihren Gang gehen zu lassen!

Und mit einer Gebärde vervollständigte er seine Worte und drückte aus, wie wohl und behaglich er sich in seiner Unterpräfektur fühlte, seitdem es ihm gelungen war, daß man seiner hier vergaß. In Paris gingen die Dinge immer schlimmer und schlimmer, die Centralgewalt wurde täglich mehr erschüttert, die Zeit war nahe, wo die bürgerliche Gesellschaft von selbst zerfallen oder von einer Revolution weggeschwemmt werden mußte. Und er, der gelassene, skeptische Philosoph, verlangte nicht mehr, als so lange zu bestehen, aufzrieden damit, wenn er ohne viel Unannehmlichkeiten in dem warmen Nest enden konnte, daß er sich erwählt hatte. Seine ganze Politik bestand daher nur darin, den Dingen ihren Lauf zu lassen und sich so wenig als möglich mit ihnen zu beschäftigen, wobei er überzeugt war, daß die Regierung es ihm innerlich ihres ewigen Kampfes ums Dasein unendlichen Dank wußte, daß er das Tier ruhig sterben ließ, ohne es noch unnütz zu quälen. Er war ein unbeschaltbarer Beamter, dieser Unterpräfekt, von dem man nie sprechen hört, dessen klugem Verhalten es gelungen war, Beauclair aus dem Gebiete der Regierungssorgen ganz auszumerzen. Man war höchst zufrieden mit ihm, man erinnerte sich seiner nur, ob ihn mit Lobgesprüchen zu überhäufen, während er gelassen mithalf, die sterbende Gesellschaft zu begraben, und heiteren Gemütes seinen letzten Herbst zu den Füßen der schönen Leonore verlebte.

(Fortsetzung folgt.)

zuschließen. Nun, für uns kommt es wesentlich auch darauf an, daß die Agrarier bei dieser Sache nicht auch wieder den Rahmen für die Großgrundbesitzer abschöpfen, wenn es sich doch in erster Linie darum handelt, die kleinen Leute zu unterstützen. Der Notstand besteht, die Miserante wird kommen — wozu also die Masquerade mit dem Bauerntitel? Die behalte man sich vor für die Zeit, da einmal eine Untersuchung der Arbeiterverhältnisse auf den Mittergütern vorgenommen wird.

Jesuitenhütte und Getreidezölle.

Es regt sich was — im Centrum; es wird den Herren Handelspolitisch zu Nutzen. Auf Grund des Jesuitengesetzes ist die Jesuitenumission in Aldinghausen verboten worden. Da nimmt die Kölnische Volkszeitung die Gelegenheit wahr und meint:

Das Jesuitengesetz lebt und wird angewendet, ben Katholiken zum Krieger, und wem zur Freude? Bei dieser Sachlage entfällt jeder Grund, auf eine erneute Entschließung des Bundesrates nicht mit den verfassungsmäßigen Mitteln zu drängen. Reichstagskämpfer Graf Bülow hat Zeit genug gehabt, selbst Stellung zu nehmen und die Stellungnahme der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Eine dilatorische Behandlung kann sich unseres Erachtens die Centrumskräfte in dieser Sache nicht länger gefallen lassen.

Mit anderen Worten: Ohne unser Einverständnis kann die Regierung in der Zollfrage nicht zu einer Lösung kommen und keine Handelsverträge zu Stande bringen; also, her mit den Jesuitenhütten, wenn wir variieren sollen! Die schlauen Centrumsmänner kommen hier zu spät. Die Regierung weiß ganz gut, daß sie selber in der größten Klemme sitzen, weil die Centrumsmänner hohe Getreidezölle fordern und die katholischen Arbeiter in der Industrie davon nichts wissen wollen. Die Führer des Centrums haben nicht viel zu "bieten"; sie werden selber froh sein, wenn es ihnen noch einmal gelingt, zwischen den drohenden Klippen der Zollfrage hindurchzusteuern.

Deutsches Reich.

Wo ist Phil?

Phil, der Dichter des Songs an Regis, in seiner amtlichen Eigenschaft Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, kaiserlicher Botschafter in Peking und Wirklicher Geheimer Rat, wird von der Redaktion der Preußischen Zeitung vermisst und eifrig gesucht. Er soll ganz unbedrängter Weise irgendwo in Süddeutschland herumreisen, während sich die wichtigsten Vorgänge in Wien abspielen, Potentaten der Donaureiche in der österreichischen Hauptstadt mit der Regierung Verhandlungen pflegen und sogar — man denkt — der Großherzog von Sachsen-Weimar in Wien anwesen war. Neun Monate von zwölf im Jahr soll er überhaupt von seinem Amtssitz abwesend sein. Die Preußische Zeitung hält es ausgerechnet und alle Blätter, deren Redakteure zur Zeit keinen Urlaub haben, haben diese Thatsache mit stiftlicher Entrüstung nachgebracht. Daraufhin spielte der Telegraph, und schon gestern konnte der Reichsangehörige melden, daß „der Kaiserliche Botschafter in Wien, Wirklicher Geheimer Rat Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, auf seinen Posten zurückgekehrt ist und die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen hat.“ Nun ist die liberale Presse hoffentlich mit Phils Thätigkeit wieder zufrieden.

Gegen den Brotwucher.

K. Eine glänzende Protestversammlung gegen den Brotwucher fand am Sonntag in der rheinischen Stadt Stolberg, einem vom Centrum beherrschten Industriekreis, statt. Als Referenten waren eingeladen der Vertreter des Wahlkreises, Reichstagsabgeordneter Dasbach, und unser Parteigenosse Dr. Erdmann aus Köln. Kaplan Dasbach hatte abgeschrieben. Der ultramontane Nachener Volksfreund hatte gegen den Besuch der Versammlung gekämpft, was aber nicht hinderte, daß der Saal bis ins letzte Eckchen gepreßt voll war; auch der Neberraum war dicht besetzt, und an den größtmöglichen Fenstern standen zahlreiche Zuhörer. Eine beträchtliche Anzahl Besucher mußte zudem wegen völligen Mangels an Raum umlehnen. Das war um so mehr bedauerlich, als viele stundenweit herbeigeeilt waren. Das genannte Centralsblatt lag in seiner Wut anderen Tagen, es seien höchstens 150 Personen erschienen. Trotzdem die Versammlung nur zu einem geringen Teil aus Anhängern der Sozialdemokratie bestand, sondern die Ausführungen unseres Genossen begeisterte Zustimmung. Niemand hatte den Mut oder das Bedürfnis, dem Redner entgegen zu treten. Eine Protestresolution gegen die Getreidezollerhöhung fand gegen nur wenige Stimmen einhellige Annahme. Solche Versammlungen sind im katholischen Rheinlande nichts Ungewöhnliches. Sie liegen dem Brotwucher-Centrum schwer im Magen und kündigen den Beginn einer inneren Krise im Centrum an.

* Berlin, 12. Juni. Der Börsenanschluß hat gestern nachmittag seine Sitzungen beendet. Die von der rechten Seite ausgegangenen Vorschläge wurden sämtlich abgelehnt. Dagegen soll der Börsenausschuss nach einer Mitteilung der Frankfurter Zeitung den Vorschlägen der Regierung zur Änderung des § 66 des Börsengesetzes und dem neuen § 67a mit erheblicher Mehrheit seine Zustimmung gegeben und einige Abänderungen dazu beschlossen haben, die als Verbesserung bezeichnet werden. Bei den angezogenen Paragraphen handelt es sich um Beseitigung des sogenannten „Differenzentwurfs“. —

Schweinfurt wird mit seiner Heze gegen die Gewerbe-gerichtsnuß obziell demontiert. Die Offiziellen schreiben: „Da hier und da die Vermutung aufgetreten ist, daß die bezüglichen Bemerkungen des Schweinfurtschen Korrespondenzorgans einer maßgebenden amtlichen Stelle entstammen, so sei mitgeteilt, daß diese Vermutung völlig unzutreffend ist.“ — Offiziell wird die Mitteilung eines Verbandsblattes, wonach der Börsenentwurf einer gänzlichen Umarbeitung unterzogen werden soll, zum Auftakt genommen, die Befürchtung zu zerstreuen, daß die Feststellung der zollpolitischen Gesetzbvorlage sich noch sehr in die Länge ziehen könnte. Demgegenüber wird bestimmt versichert, daß die Reichsregierung entschlossen ist, den Gesetzentwurf dem Reichstag beim Wiederaufzutritt sofort vorzulegen. —

Bon einer den leitenden Kreisen eines deutschen Bundesstaates, und zwar nicht eines der kleineren, nahestehenden Seite wird der Kölnischen Zeitung zur Frage der Reichsfinanzreform geschrieben: Es ist in hohem Grade fraglich, ob die durchaus wünschenswerte Errichtung des Ziels einer Reichsfinanzreform, die allen Beteiligten möglichst gerecht wird, schon im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform sich gewinnen lassen dürfe. Jedenfalls aber erscheint es nicht unnütz, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß es von gründlichen Kenntnissen der Entwicklung unseres Reichsfinanzwesens als das unter allen Umständen Erfreulichste bezeichnet wird, wenn eine gänzliche, reinliche Scheidung der Reichs- und der einzelstaatlichen Finanzen sich

erzielen würde. Allerdings würde der Reichstag in ersten Bericht laufen die ihm in der clausula Frontenstein zugelassenen Rechte nicht umsonst willigen. Wo ist aller Welt aber könnte man ihm ein besseres Äquivalent bieten, als daß man in Händen die jährliche Bewilligung einer Steuer legte, — wie beispielsweise die Biersteuer hors de concours aller Spekulation steht.

Also neue Steuern, — das wird wieder der lebte Zweck der Steuer „reform“ sein.

Der Königliche Mordprozeß wird voraussichtlich in der Berufungsinstanz schon im Laufe der nächsten Wochen vor dem zuständigen, das ist dem Königsberger Oberkriegsgericht, zur Verhandlung kommen. Wegen des umfangreichen Zeugenapparats und der notwendigen Votabefestigungen wird jedoch auch die neuzeitliche Verhandlung wieder in Gummitten stattfinden. Den Vorfall wird diesmal ein Oberst oder Oberstabsleutnant führen, den Gerichtshof die Oberkriegsgerichtsräte Meyer und Scheer aus Königsberg bilden.

Die Königsberger Allgemeine Zeitung bestätigt nach den ihr gewordenen Mitteilungen die thafächliche Richtigkeit der Angaben der Nationalzeitung über die von neuem verfügte Untersuchungshaft des Sergeanten Hinkel.

Die Nachwahl in Memel-Heydekrug, schreibt man uns aus Königsberg, erregt das größte Interesse. Gezeigt wird die Aufmerksamkeit auf den Kreis noch durch das Bündnis zwischen Konservativen und Litauern, wenn man von einem Bündnis sprechen kann, weil auch die Konservativen Herrn Matschull wählen wollen. Bemerkenswert ist, wie prompt einen Tag nach der Regelung der Kandidatenfrage für die Konservativen die Bekanntgabe des Wahllages erfolgte. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Herr Matschull der Hilfes teilschaft wird, die sonst gut konservative Kandidaten durch den Beamtenapparat, natürlich nicht offiziell, erhalten. Thöricht, wie gewöhnlich, bezeichnen sich die Liberalen. Es scheint, als wenn sie durch den Wahlerfolg in Pommern um jede Überlegung gekommen wären. In allen Tonarten wird über die Bankrotterklärung und Abdankung der Konservativen gejubelt, weil diese auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichteten. Es liegt zum Jubel aber nicht der geringste Anlaß vor. In dem Zusammensein der Konservativen mit den Litauern ist ein ganz raffiniertes Wahlmanöver zu erblicken. Die Konservativen versichern, nur zu dem Zweck, um in einer möglichen Stichwahl die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern, habe der Zusammenschluß der „staatserhaltenden“ Parteien stattgefunden. Möglich ist, daß man sich von diesen Erwägungen leiten läßt. Es sprechen aber viel mehr Anzeichen dafür, daß die Litauern, wenigstens so weit die Masse der kleinen Besitzer in Frage kommt, bei dem Handel die Heringefallen sind, wenn sie Matschull wählen. Matschull ist möglicherweise schon von den Konservativen als Kandidat betrachtet worden, ehe er überhaupt von den Litauern aufgestellt wurde. Mit dem Litauertum des Rittergutsbesitzers Matschull ist es nicht weit her. Seine Erklärungen über seine politischen Anschauungen waren mehr als nullar und gewunden. Er ist, wie sich erst später herausgestellt hat, Mitglied des Bundes der Landwirte und tritt nach der Behauptung der konservativen Ostpreußischen Zeitung für höhere Zölle ein. Die konservative Versammlung in Protuls, wo Matschull als konservativer Kandidat für den Kreis anerkannt wurde, machte ganz den Eindruck einer Komödie. Es hatten sich ganze 20 Konservativen eingefunden. Matschull wählte sich dort durchaus nicht als den entschiedenen Litauer auf, sondern er erklärte, daß er zuerst von den Litauern angegangen sei und sich deshalb auch als Kandidat der litauischen Partei bezeichnen müsse. Die durch das Wahlbündnis mißtrauisch gemachten kleinen litauischen Besitzer werden jetzt von der liberalen Presse in der nachdrücklichsten Weise mit der Kandidatur Matschull ausgeschaut, indem immer wieder betont wird, der selbe sei kein Agrarier, kein Vertreter der Konservativen, sondern ein ganz waschechter Litauer. Wenn diese liberalen Presseerklärungen allen Litauern zugänglich gemacht werden, ist es leicht möglich, daß die Konservativen den Agrarier Matschull im ersten Wahlgange durchbringen. Statt sich in Verhandlungen über den konservativen Zusammenschluß zu ergehen, wird von unserer Seite im Kreise möglich gearbeitet werden, um Litauern zu gewinnen, damit es zur Stichwahl kommt.

z. Geheime Militärjustiz. Das Kriegsgericht in Neisse (Schlesien) hatte seiner Zeit den Hauptmann Henrichs vom 63. Infanterieregiment zu Oppeln wegen schwerer Soldatenmishandlungen zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Über die Einzelheiten seiner Strafthose war leider nichts bekannt geworden, da es in Neisse an der Verhörlistung fehlte. Der verurteilte Offizier legte Berufung beim Oberkriegsgericht ein. Bei der am Dienstag stattgehabten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Breslau war die Offenheit auf das strengste ausgeschlossen. Das Gericht setzte nach längerer Verhandlung die Strafe des Herrn Hauptmann auf 20 Tage Stubenarrest herab. Die Verhörlister waren durch einen bemerkenswerten „Eric“ von der Verhandlung ferngehalten worden. Von dem Gerichtsdienner ward ihnen auf ihre Erkundigungen nämlich ausdrücklich erklärt, daß eine Sitzung des Oberkriegsgerichts nicht stattfinde. Nur die Zweifelsucht eines besonders mißtrauischen Reporters machte es möglich, daß die Welt wenigstens von dem milden Urteil gegen den militärischen Erzieher des Volkes erfuhrt.

Der saarische Wahlterrorist. Zur Reichstagswahlgang in dem früheren Stummischen Wahlkreis Ottweiler-Si-Wendel schreibt uns unser rheinischer K.-Mitarbeiter, daß der Centrumskandidat Fuchs ein zweites Telegramm an den preußischen Minister des Innern gesandt hat, worin es unter anderem heißt:

Der Bergrat und Bergwerksdirektor Wiggert auf Grube Heinrich hat dem Fahrtleiter Gerlinger am 27. Mai unter Amtsgeheimnis eröffnet: er habe gehört, daß er (Gerlinger) nicht für Priester stimmen wolle. Er werde für den 1. Juni verfechtet werden. Nach der Wahl würden noch verschiedene andere Beamte verfechtet werden. Die Gerlinger angebrochene Verfechtung ist tatsächlich nach Grube Schwalbach, außerhalb des Wahlbezirks, erfolgt. Zeugen.... Der Bergrat und Bergwerksdirektor Wiggert auf Grube Heinrich hat dem Steiger Hellbrück eröffnet: Es ist mir von einem Beamten unter Amtseld mitgeteilt worden, daß Sie nicht für Priester stimmen werden. Bedenken Sie wohl, daß wir genau konstatieren können, wie Sie gewählt haben. Sie haben noch acht Tage Bedenkzeit. Überlegen Sie es sich wohl; es könnte böse Folgen haben. Zeugen.... Der Bergrat und Bergwerksdirektor Wiggert hat den ihm unterstellten Beamten den ausdrücklichen Befehl kundgegeben: sie sollten sich an den Wahltag ausnahmsweise zu Gunsten des Herrn Priester beteiligen. Zeugen: Bergrat Wiggert und sämtliche ihm unterstellte Beamte. Der Bergrat und Bergwerksdirektor Wiggert hat dem Steiger Hellbrück Verhandlungen gemacht, weil er an den Agitationsfahrt für Herrn Priester, wie ihm ein anderer Beamter unter

Dienstfeld mitgeteilt habe, nicht teilnehmen wollte. Zeugen.... Eure Excellenzen erlaubt ich, hochgenugtest veranlassen zu wollen, daß gegen den Bergrat und Bergwerksdirektor Wiggert auf Grund des § 39. des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich vorgegangen und Verfechtung getroffen werde, daß den Beamten der Bergbehörde ihr Recht auf freie und geheime Wahl nicht genommen werde."

Man kann darüber streiten, welcher Wahlterroristismus der schlimmere ist: der von der ultramontanen Geistlichkeit mittels Kanzel und Beichtstuhl besonders auf die Frauen geübt und die pfälzische Aushebung der katholischen Bauern zu Knüppelhauen gegen sozialdemokratische Flugblattversteller, oder der Terroristismus der saarbeherrschenden Stummlinge. Jedenfalls aber ist das Vorgehen des Centrumskandidaten gegen jene standlose, weit über die deutsche Grenze hinaus berühmte Gewaltbehörde im Saargebiet zu begrüßen.

Die bescheidenen Westselbier. In Cästorf bei Cleve tagte, wie uns aus Cleve berichtet wird, der Rheinische Bauernverein unter der Leitung von Grafen, Baronen, katholischen Geistlichen und Landräten.

Es wurde eine Petition an den Reichstag beschlossen, in welcher gesetzlicher Schutz der Landwirtschaft gefordert wird. Dazu gehört die Erhöhung der Zölle auf allen Gebieten, der Durchschnittspreis des Weizens pro Doppelcentner muß 21 Mt., für Roggen, Gerste und Hafer 15 Mt. betragen. Ein derartiger Preis muß durch die Gecegebung garantiert werden. Man sieht, daß die Westselbier an Bescheidenheit den Ostselbier nichts nachgeben.

Gefährliche Würste. Aus dem badischen Wiesenthal kommt ausdrücklich des Hebefestes die Kunde, daß die Ortschulbehörde in Haufen vom erzbischöflichen Pfarramt Bell folgendes amtliche Schreiben erhalten hat:

Wie wir vernommen, wird dortselbst am nächsten Freitag das Hebefest gefeiert, wobei auf Kosten der Gemeinde ihren Schulkindern Würste verabreicht werden. Dies dürfte doch wohl eine geringe Berücksichtigung unserer Konfession und ihrer Söhnen sein, wonach die Katholiken die Verpflichtung haben, sich am Freitag von Fleisch zu enthalten. Wir müssen deshalb eine solche Anordnung der Ortschulbehörde einer gemäßigten Schule als eine Verleugnung des konfessionellen Friedens ansehen und auf das entschieden protest dagegen erheben.

Erzbischöflich. Pfarramt: Albrecht, Pfr.

Welch ein „Friede“, der mit Würsten verlebt werden kann! Schade, daß die Toleranzkommission des Reichstags nicht in der Lage war, eine Bestimmung in Bezug auf solche friedeströderische Würste in ihren Antrag aufzunehmen.

Wo zu die Miserante gut ist, verraten sehr offenherzig die Offiziellen. Sie begegnen dem Hinweis auf das zu erwartende Reichsdefizit von 70 bis 80 Millionen mit dem schönen Trost, daß ja im Rechnungsjahr 1902 der Extrat der Getreidezölle in Folge der Miserante wieder steigen und die leere Reichstasche füllen werde. Diese Chancen hat der amtliche Budgetvoranschlag gar nicht in Rechnung gestellt und darum wird er vermutlich hinter der Isteinnahme aus Zöllen zurückbleiben. Das ist eine schöne Übersicht für den reichsdeutschen Professer.

K. Aus den Rheinlanden, 12. Juni. Der Zeitungskaplan Dasbach macht wieder durch sein Geschäftsgespräch von sich reden. Der Verleger der national-liberalen Trierischen Zeitung bleibt für ländliche Leser ein farbloses Blatt, dem Allgemeinen Anzeiger, heraus, das dem Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Dasbach Konkurrenz bereitet. Kaplan Dasbach hat nun an seine geistlichen Amtsbesitzer in den umliegenden Pfarrreien ein Rundschreiben gerichtet, worin er diese zur Propaganda für zwei seiner vielen Pressezugestütze aufruft, um das genannte Konkurrenzunternehmen — Konkurrenzunternehmen sind alle nicht in der Dasbachschen Paulinusdruckerei hergestellten Blätter — aus dem Felde zu schlagen. Herr Dasbach, der Geschäftsmann, nutzt weidlich die Vorteile aus, die ihm seine Eigenschaft als katholischer Priester bietet. Sein geistliches Gewand schürt ihn, wie die bekannte Begegnung mit Herrn Stoeren gezeigt hat, nicht nur vor Ohren, sondern gewährt ihm auch geschäftliche Vergünstigungen.

kleine politische Nachrichten. Der Reichsangehörige veröffentlicht die Einberufung des Kolonialrates zum 27. Juni. — Zum Leiter des neuen Aufsichtsamtes für Privatversicherung ist Geheimrat Greiner im Reichsamt des Innern ausgeschieden. — Da in der Nähe der Grube von Hohenburg wohnenden ausländischen Arbeiter werden anlässlich des Kaiserbesuchs scharf beobachtet. Die Polizei stellt an das genaue fest, welche Personalien die Leute haben. — August Sternberg ist vom Untersuchungsfängnis nach dem Maabiter Zuchthause in der Lehrter Straße gebracht worden. Sternberg sollte nach Sonnenburg kommen, doch ist er in Berlin geblieben, weil man seiner noch in verschiedenen Prozessen benötigt. — Der Kaiser von Österreich hat dem Gesetz über die Wasserstrafen und die Flußregulierung seine Genehmigung erteilt. — Bei dem Kaiserbesuch in Prag wurden schwarz-rot-goldene Fahnen, welche die Lese- und Redekette deutscher Studenten schmückten, von den Tschechen herabgerissen. Die Statthalter erließ hierauf ein Verbot der schwarz-rot-goldenen Fahnen. Gegen dieses Verbot soll beim Ministerpräsidenten Beschwerde erhoben werden. — Auf dem Platz in Paris fand die Enthüllung des Denkmals für den Minister Spuller statt, bei welcher die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, Fallières und Deschanel, sowie der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau die Verdienste Spullers um die Republik und Frankreich feierten. — In Petersburg hat die Kommission, welche über die Reform der Mittelschulen berät, ihre Sitzungen begonnen.

Der Krieg im Figaro. — Das Deficit. — Sozialistischer Wahltag. Paris, 12. Juni. Zu der Angelegenheit bezüglich des Figaro werden jetzt folgende Einzelheiten gemeldet: Da Péribier, der sich jüngst der Leitung des Blattes bemühte, trotz der Aufforderung des Präsidenten des Aufsichtsrates Présiat sich an das genaue fest, welche Personalien die Leute haben. — August Sternberg ist vom Untersuchungsfängnis nach dem Maabiter Zuchthause in der Lehrter Straße gebracht worden. Gegen dieses Verbot soll beim Ministerpräsidenten Beschwerde erhoben werden. — Auf dem Platz in Paris fand die Enthüllung des Denkmals für den Minister Spuller statt, bei welcher die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, Fallières und Deschanel, sowie der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau die Verdienste Spullers um die Republik und Frankreich feierten. — In Petersburg hat die Kommission, welche über die Reform der Mittelschulen berät, ihre Sitzungen begonnen.

Frankreich.

Der Krieg im Figaro. — Das Deficit. — Sozialistischer Wahltag.

Paris, 12. Juni. Zu der Angelegenheit bezüglich des Figaro werden jetzt folgende Einzelheiten gemeldet: Da Péribier, der sich jüngst der Leitung des Blattes bemühte, trotz der Aufforderung des Präsidenten des Aufsichtsrates Présiat sich an das genaue fest, welche Personalien die Leute haben. — August Sternberg ist vom Untersuchungsfängnis nach dem Maabiter Zuchthause in der Lehrter Straße gebracht worden. Gegen dieses Verbot soll beim Ministerpräsidenten Beschwerde erhoben werden. — Auf dem Platz in Paris fand die Enthüllung des Denkmals für den Minister Spuller statt, bei welcher die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, Fallières und Deschanel, sowie der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau die Verdienste Spullers um die Republik und Frankreich feierten. — In Petersburg hat die Kommission, welche über die Reform der Mittelschulen berät, ihre Sitzungen begonnen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Soziald. Verein L.-Ost.

Freitag den 14. Juni abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale der Germania, Wurzener Straße.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Jäckli, Redakteur der Leipziger Volkszeitung. 2. Diskussion hierzu. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Gäste sind hierzu eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 15. Juni abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Beitragserhöhung. 2. Gauverteilung und Wahl eines Gauvorstandes. 3. Die Bedeutung des Arbeitsmarktes.

4. Gewerkschaftliches.

NB. Die Mitgliederversammlungen finden jeden 2. Sonnabend im Monat statt.

[5674]

Achtung, Drechsler aller Branchen!

Freitag den 14. Juni abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Coburger Hof (Großer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Lippmann über: Die Bibel, deren Entstehung und Geschichte. 2. Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb unseres Berufes. 3. Gewerkschaftliches.

NB. Die Mitgliederversammlungen finden jeden 2. Sonnabend im Monat statt.

[5674]

Bahlreichen Besuch erwartet.

D. S.

Tabak- und Cigarrenhändler

erscheint heute abend vollständig in der Versammlung im Pantheon, Dresdener Straße.

Nach Schluss der Versammlung gemeinsame Besprechung.

Vereinigung Leipziger Cigarrenfabrikanten.

[5684]

3. A.: Carl Schulze.

Freitag den 14. Juni abends 9 Uhr in den 3 Mohren, 2.-Auger, Breite Str.

Oeffentliche Versammlung

des Nationalsozialen Vereins L.-Ost. Referent: Herr Weinhausen-Berlin über Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Eintritt frei.

[5685]

Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter) empfiehlt seinen als vorzüglich anerkannten Mittagstisch inst. Suppe 50 Pf., f. Lagerbier von C. W. Raumann, echt bayer. Exportbier. Schöne rauthfreie Gäste- und Frühstücksküche. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallerküchlein sowie Sonnabends Schweinstooken.

[2870]

5000

seine Porzellan-Tassen sollen verlost werden auf meine hochselige

Hausmark Hammonia

bester Butter-Ersatz

kostet nur 98 Pfennige per Pfund.

Adolph Vicke, Verwandt = Hans seiner holsteinischen Meierei = Butter.

Leipzig, Lauchaer Str. 1, Colonnadenstr. 25.

Butter heute Mk. 1.05.

Billigste Bezugsquelle.

Offeriere dem gehirten Publikum infolge günstigen Abschlusses 300 Nährerische

Kinderwagen und Sportwagen zu den denkbar billigsten Preisen.

Näthers Kinderwagen von Mf. 13.75 an

Näthers Sportwagen von Mf. 6.— an

Näthers Leiterwagen von Mf. 2.50 an

Näthers Puppenwagen von Mf. 1.50 an

Tragkörbe von Mf. 2.50 an

Waschkörbe von Mf. 1.— an

Reisekörbe von Mf. 2.50 an

Holzkörbe von Mf. 1.25 an

Komplettes Korbwarenlager, große Auswahl. Permanentes Lager für

Händler. Eigene Reparaturwerkstatt. Gebrauchte Kinderwagen werden wie neu vorgerichtet.

[4036]

1. Geschäft: L.-Reudnitz, Ecke Dresdener u. Senefelderstr.

2. Geschäft: jetzt L.-Sellerhausen, Wurzener Str. 36.

Moritz Winkler.

Beste, garantiert feinfähige Sämereien für

Landwirtschaft und Garten

Leipziger Palmen-Fabrik

August Held

Nr. 12 Neumarkt Nr. 12

gegenüber dem Gewandgäßchen.

Neben Auerbachs Hof.

Gemüse u. Blumenjänen, Blumenzwiebeln.

Baumwachs, Blumenstäbe, Blumengitter.

Sämtliche Gartengerätschaften.

Kataloge gratis u. franko. Fernpreise! 51.—

„Pomin“ (neuerlich geschützt).

Bestes Mittel gegen Blutlaus etc. Flasche 1.

Berantwortlicher Redakteur: Richard Alteg in Leipzig.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt bei Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

[8280]

SLUB

Wir führen Wissen.

Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Unser Manufakturwaren-Geschäft

Leipzig, Kolonnadenstrasse Nr. II

bleibt Montag den 17. und Dienstag den 18. Juni
der Inventur wegen

geschlossen.

Wir ersuchen unsere geehrten Mitglieder, bei Bedarf während dieser Zeit sich in unseren anderen Verkaufsstellen bedienen zu lassen.

Der Vorstand.

[5601]

Konsumverein L.-Eutritzsch und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Unseren werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser

Schuhwaren-Geschäft Leipzig-Gohlis, Hohesche Strasse 114

Dienstag den 18. und Mittwoch den 19. Juni

wegen Inventur geschlossen ist.

[5687]

Der Vorstand.

Die einzige billigste Bezugsquelle f. Möbel, Spiegel u. Polsterwaren ist die

[2431]

Lindenauer Möbelhalle

von Ernst Rehm, vorm. H. Lange

L.-Lindenau Querstrasse 4 L.-Lindenau

Grosse Auswahl eleganter und einfacher Wohnungseinrichtungen.

Langjährige Garantie.

Schnellie Excelsior-Räder mit Egel.

Blauem, 1 Jahr Gar., 140 M., nur bei

Franz Flemming, Lauchaer Strasse 1,

Filiale Wahren, Turnervir. 13.

[5681]

Gebr. Singer-Nähmaschinen von 12—20 M., Teilegal. u. Garantie

Otto Axe, Lindenau

Guttmuthsstr. 44, pt.

Fahrräder, Näh- u. Wringmaschinen

repariert sauber und billig

W. Apitz, Colonnadenstr. 84, hg.

Neue Nähmaschinen, gute bel. Markt.

50 u. 60 M., bei Flemming, Lauchaer Str. 1.

Altes Gold kaufen z. höchst. Preisen

Uhrenmacher Becker, Markt, Steinweg 38.

Reisekörbe. Popp, Panorama.

Schöne Ottomane, Bettst., Matratze soll

billig verkauft werden. Humboldtstr. 33, I.

Matratzen, Sofas, Möbel aller Art

gut und billig bei Th. Dobisch,

Schönfeld, Leipziger Str. 39. Aufpolstern

von Sofas von 8 Mf. an, Matratzen 3 Mf.

Hoch. Speisefertigkett., 3 Mf., verkauf

Franz Orlitz, Volkstr., Luisenstr. 47.

Hand- u. Geschäftsläufer, v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Wiegugsg., zu verl. Bettst. m. Matr., 1 qual.

Sofa 10 M., Bettst. Matr. 14 M., Küchenstr.

8 M., Schreibst. 14 M., Kl. Fleischerg. 25 M.

Sofa 5 M. zu verl. Lange Str. 34, Q.L.

Lederjosa, neue grüne Wagendecke

zu verl. Schleihus, Kochlicher Str. 1, pt.

Neugebauer, stadt. gehil.

Praktikant b. Homöopathie

Naturheilmethode, früher an Dr. Willi.

Schwaben Politist, befindt, n. langj.

Geschlechtskrankheit, M. u. Fr., Pfleifer,

Kieren-, Magen-, Darm-, Haut- u. Ge-

venfeld, Abnet, Pfleiferh. zu m.

nachweisl. vorzgl. Erfolg. Reichstr. 33/35,

Sprecht. 9-2, d-8, Sonnt. 10-1; ausw. belieb.

Otto Dobert's Zahnatelier Wächter-

Strasse 24, II.

bisher Assistent bei H. H. Förster.

Sprechstunden 8-12, 2-6. Sonntags 10-12.

Anfert. künstl. Zähne, Plombieren etc.

Schmerzloses Zahnzischen.

Wescheidene Preise.

[5471]

Beilage zu Nr. 134 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 13. Juni 1901.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

mit der Erklärung, daß er bis zum äußersten Widerstand leisten und die Traditionen des Blattes gegen die kosmopolitischen Syndikate verteidigen werde. Der Präsident des Aufsichtsrates Prestat erhob dann gegen Böhrer Anklage, weil dieser sich dem Beschlüsse der Generalversammlung der Aktionäre, wodurch seine Absetzung ausgesprochen wurde, widersetzt habe. Die vorläufige richterliche Entscheidung erging dahin, daß die Siegel von den Büros Böhrers und der Kasse abgenommen werden sollen und der Name Böhrers als Direktor an der Spitze des Blattes verbleiben soll, bis das Handelsgericht am 26. Juni sein Urteil gefällt hat.

Das Deficit beträgt 45 Millionen; ebenso hoch ist die Nachfrageförderung. Es ist hervorgerufen durch Mehrausgaben für Eisenbahngarantien und für Expeditionen in Südafrika und Longo, sowie Mindereinnahmen gegenüber dem Vorschlag aus der neuen Getränkesteuer und aus der Zuckersteuer. Die Zuckersteuer wird durch das Anwachsen der Prämien aufgesogen und weist allein ein Deficit von 16 Millionen auf. Infolgedessen ermächtigte der Ministerrat Caillaux zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs auf Wiederherstellung des bisherigen Zustandes, worunter wohl die Abschaffung der Prämien gemeint ist.

Zum Präsidenten des Generalrats des Seinedepartements wurde mit 49 Stimmen der Sozialist Böber gewählt; auf den Gegenkandidaten, den Nationalisten Galli, entfielen 48 Stimmen.

Das Buchpolizeigericht in Havre verurteilte den Nationalisten Barot, der am 26. Mai hier mit einer Apselaine nach dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau geworfen hatte, zu zwei Monaten Gefängnis.

Spanien.

Die Königin ratlos.

Madrid, 12. Juni. Die nachlassende Thronrebe der Königin wird in allen von der Regierung unabhängigen Blättern heftig angegriffen und als eine neue grausame Enttäuschung für das Land bezeichnet. Die Zustände in Spanien sind eben dermaßen verschrien, daß sich auch der alte Fuchs Sagasta nicht mehr zu raten und zu helfen weiß.

Die Vorgänge in China.

Die Herren Missionare.

Der Hass der Chinesen gegen die Fremden wird wesentlich durch das Treiben der Missionare, wie wir schon öfter betont haben, hervorgerufen. Aus Paris wird darüber den Hamburger Nachrichten mitgeteilt:

In noch weit höherem Grade jedoch wird die Erbitterung der Chinesen gegen die Missionen durch den Kinderaub oder, wie die damit vorwiegend beschäftigten Franzosen meinen, durch den Wiederauf des Kindes (rachat) geweckt. Zu diesem Zwecke haben die französischen Missionare sogar eine besondere Anstalt, die Ouvro de la Sainte-Eutrope, gegründet, die jährlich Millionen bei den Frommen des Landes einsammelt und über deren Thätigkeit das europäische Publikum viel weniger weiß, als ihm zu seiner Aufklärung nötig wäre. In welchem Umfang dieses Geschäft betrieben, wie dabei verfahren und was damit erreicht wird, läßt sich am besten den "Annalen" dieser Ouvro — einer gewiß unverlässigen Quelle — entnehmen. Wir greifen aufs Geratewohl einige Stichproben heraus: Im Januarheft von 1897 heißt es: "Seit 1884 hatten wir das Glück, 2055 kleine sterbende Kinder zu taufen, davon 3558 in diesem Jahre. Alle diese kleinen Engel, werden sie oben nichts wirken für die Befreiung des unglaublichen China?" In demselben Heft wird von der Hungersnot erzählt, die 1893 Hunnan heimsuchte. Die andächtigen Mönche der "Ouvro" berichten darüber: "Die Vorlehung hat, es ist wahr, untere Arbeit sehr vereinfacht, indem sie eine große Anzahl unserer kleinen Kinder in den Himmel rief. Diese vorzeitigen Tode, so betrübend in einem christlichen Lande, sind ein Zeugnis der Freude und des Trostes in diesen heidnischen Gegenden." Von ähnlichen Mitteilungen wimmeln diese Annalen, wo man sie auch ausschlagen mag. Einer der Korrespondenten schreibt: "Machen Sie doch einen kleinen Besuch in dem Hause der unbefleckten Empfängerin in Peking. Schenken Sie die beschädigte Eingangstür? Sie ist dieses Jahr für eine große Anzahl kleiner Brüder und Schwestern die Pforte des Himmels geworden. 873 kleine Kinder wurden uns, jenseits für 45 €, an dieser Pforte gegeben und davon sind 845 gestorben, nachdem sie durch das heilige Wasser der Taufe wiedergeboren waren," (Heft XXI p. 258). Ein anderer meldet: "Ein Säugling kostet etwa 5 Franken im Monat. Gewiß, ich flehe zu Gott, daß diese kleinen kleinen Seelen uns so bald wie möglich verlassen und zum Himmel fliegen mögen. Aber schließlich, wenn sie schon nicht sterben wollen, muß man sie doch ernähren und aufziehen." Nach den in diesen Citaten niedergelegten Gebräuchen wird man sich nicht wundern, wenn eine einzige dieser Anstalten triumphierend berichten kann, von 12000 ihr anvertrauten Täuflingen hätten nur 124 oder 125 das erste Lebensjahr erreicht; man wird sich nicht wundern, wenn der Bischof Guerry

in denselben Annalen die Missionare dieser "Ouvro" dazu beschwört, daß sie jedes Jahr mehr als 400000 Kinder in den Himmel schicken."

Und thun die anderen Missionare, die englischen, amerikanischen, deutschen und italienischen? Eine Antwort wäre sehr erwünscht. Und da giebt es Leute, die von den Chinesen verlangen, sie sollen die Missionare mit offenen Armen aufnehmen.

Ein Edikt des Hohen.

Der amerikanische Vertreter Rockhill besitzt die Übersetzung eines Edikts, aus welchem hervorgehen scheint, daß die Bibliothek in der „verböten Stadt“ auf Befehl des Hohen eingeäschert und nicht durch einen Blitzstrahl in Brand geraten sei. Das Edikt befiehlt, alle Archive zu zerstören, und das Feuer muss den Tag nach dem telegraphischen Eingang des Edikts ausgebrochen sein, obgleich, als das Gericht von dem Eintreffen des Edikts ausstauchte, Prinz Tsching und Li-Hung-Yühang dasselbe in Abrede stellten.

Der Krieg in Südafrika.

Allerlei Friedensgerichte.

Die Transvaallegation in Brüssel teilt mit, Frau Volha sei vom Oberkommandierenden der Burenstreitkräfte zu Krüger als Friedensvermittlerin gesandt worden, um dem Präsidenten die Lage in Südafrika auszuhören zu legen.

Standard berichtet, daß Präsident Krüger eine lange Unterredung mit seiner Umgebung gehabt habe. Derselbe beabsichtigte die Zusammenkunft mit Frau Volha zu verschieben. Der Express wiederum will wissen, daß Frau Volha mit zwei Missionen betraut sei, einer von ihrem Gatten, und einer von Lord Kitchener. Letzterer soll dem Präsidenten Krüger freies Geleit für seine Rückkehr nach Südafrika anbieten in der Hoffnung, hierdurch den Friedenschluß zu beschleunigen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur sächsischen Eisenbahnfrage. Anlässlich der Ausführungen des Landtagsabg. Gontard auf dem Parteitag der sächsischen Nationalliberalen über den Rückgang der Eisenbahnträge in Sachsen und dessen Ursachen ist es zu einer allgemeinen Erörterung über dieses Thema gekommen, an der sich indirekt sogar die Regierung beteiligt hat. Die Dresdener Rundschau berichtet in ihrer letzten Nummer über recht charakteristische Vorgänge, die anscheinend in der national-liberalen Landesversammlung noch zum besten gegeben worden sind und die den Schluss berechtigt erscheinen lassen, daß die oft schon gejagte engherzigkeitsbürokratie der sächsischen Eisenbahnverwaltung nicht ganz unbeteiligt an den Vorfällen ist, die die ungenügende Vergütung des in den sächsischen Eisenbahnen angelegten Kapitals verschuldet haben. Man höre, was das Blatt zu melden weiß: ... Von Leipzig ging bis vor kurzem jeden Donnerstag abend ein Bühnerwagen nach Stuttgart, der die für Süddeutschland bestimmten Waren mit Journalen, wie Gartenlaube, Daheim, Illustrierte Zeitung u. f. w. beförderte. Plötzlich wurde die Abfertigung dieses Wagens so geändert, daß die süddeutschen Empfänger ihre Wagen nicht mehr, wie bisher, Freitag früh, in Empfang nehmen konnten. Eine Vorstellung bei der sächsischen Generaldirektion blieb fruchtlos — natürlich, denn das Publikum hat sich ja hier nach den Wünschen der Bahnbürokratie zu richten, nicht umgekehrt — die Eisenbahn-direktion sollte aber verstand ihren Vorteil besser und stellte auf Anfrage sofort die gewünschte Verbindung her. Erst als die sächsische Verwaltung merkte, daß ihr Bühnerwagen leer lief, stellte sie die alte Verbindung wieder her, aber nun war es zu spät, denn die Leipziger Buchhändler expedierten ihre Waren auch weiter über die preußischen Linien.

Ein weiteres Beispiel: Zwischen Berlin und München sollte ein neuer Schnellzug eingerichtet werden. Die sächsische Verwaltung verlangte bei Beförderung derselben über sächsische Linien ein vier- bis fünfmaliges Halten in Sachsen, der preußischen Verwaltung war dies zu viel, und sie leitete ihn infolgedessen über Zena-Saalfeld, wo er nur in Saalfeld, resp. in Bamberg und Nürnberg hält. Als die Sache verloren war, wollte Sachsen die Sache wieder auswegen und richtete nun einen eigenen neuen Schnellzug von Leipzig nach München ein, der auf der Rückfahrt zwischen Hof und Leipzig nicht hält, also dieselben Fortbewegungen erfüllt, die man der preußischen Verwaltung erst abgeschlagen hat. Die Passagiere aus Berlin und Nord-

deutschland sind aber nun für Sachsen flöten, denn die fahren über Zena-Saalfeld, und Sachsen kann nun auf seinen neuen Schnellzug noch bares Geld drauslegen. — Ein weiteres Beispiel sächsischer Unzulänglichkeit kam fürzlich in der Handels- und Gewerbezimmer zu Zittau zur Sprache. Der Frühstückszug von Zittau nach Dresden hatte bisher in Dresden-Kreuzstadt direkten Anschluß an den Schnellzug nach Berlin, was für die Zittauer Geschäftswelt von großem Vorteil war. Jetzt ist mit Beginn des Sommerfahrplanes dieser günstige Anschluß fortgesunken, und den Zittauern bleibt, wenn sie in einem Tage nach Berlin hin und zurück wollen, weiter nichts übrig, als über Görlitz, also auf preußischen Linien, nach Berlin zu fahren, so daß Sachsen wiederum das Nachsehen hat. Ein Zug aus Pulsnitz, der bisher ebenfalls Anschluß nach Berlin hatte, kommt jetzt zu derselben Minute in Dresden an, wo der Berliner Schnellzug in Dresden abgeht, so daß also dessen Benutzung für die Pulsnitzer ausgeschlossen ist. So liegen sich die Beispiele gewiß noch zahlreich vermehren.

Die Sächsische Arbeiterzeitung bemerkt dazu: „Diese Mitteilungen geben auch zu bedenken, ob die sächsische Eisenbahnverwaltung ganz unschuldig an dem sächsisch-preußischen Eisenbahnkrieg ist. Es wird vielmehr durch die Mitteilungen in der Rundschau der Eindruck erweckt, als habe Preußen erst dann zu Maßnahmen, die wie Konkurrenzmanöver erscheinen, gegriest, nachdem seine Vorschläge an der engherzigen Bürokratie der sächsischen Staatsbahnverwaltung scheiterten.“

Sachsen steht eben nicht im Zeichen des Verkehrs, sondern der Verkehrtheit. Wenn unsere Eisenbahnverwaltung auf der Höhe der Zeit stehen wollte, dann müßte sie Eisenbahnreform nach dem Muster der süddeutschen Staaten treiben, wie wir gestern gezeigt haben.

Zu den Landtagswahlen. Wir berichteten gestern, daß Verbrauchsmänner der sogen. Ordnungsparteien des 41. ländlichen Wahlkreises (Reichenbach u. c.) in Zwischen gelagert und für den bisherigen konservativen Abgeordneten Gutsbesitzer und Fabrikanten Wolf-Sauviersdorf, der eine neue Kandidatur abgelehnt hat, den Fabrikbesitzer Schneider in Oberreichenbach zum Kandidaten nominiert haben, und daß für diesen Kandidaten auch der Bund der Landwirte einzutreten beabsichtige. Das letztere scheint aber nicht richtig zu sein. Eine Korrespondenz der Magdeburgischen Zeitung aus Zwischen berichtet nämlich über eine Versammlung: „Dies Ergebnis (die Nominierung des Fabrikbesitzers Schneider gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer Daupenberg, der nur wenige Stimmen erhielt) veranlaßte den Vertreter des Bundes der Landwirte, an Herrn Schneider verschriebene, das Programm des Bundes betreffende Fragen zu richten, deren Beantwortung zwar der großen Mehrheit der Anwesenden, nicht aber dem Fragesteller gelang. Letzterer verließ die Versammlung vor deren Schluss mit der Erklärung, daß er den Landwirten des Wahlkreises die Kandidatur Schneider nicht empfehlen könne. Das blieb aber auf die statliche Mehrheit der in der Hanpolsche konservativen und national-liberalen Verbrauchsmänner ohne jeden Eindruck, die gerade durch die von Herrn Schneider eingenommene und festgehaltene mäßvolle Haltung sich verunsichert sahen, für ihn zu stimmen. Nur der Vorsitzende, Herr Opitz (!), behielt sich die Entschließung der Konservativen vor.“ Die Korrespondenz bemerkt dazu: „Es ist das ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die konservative Partei auch in Sachsen unter den Druck des Bundes geraten ist; sie zögert, den mit so großer Mehrheit als Verbrauchsmann des Kreises bezeichneten, nebenbei bemerkt ebenfalls konservativen Herrn Schneider auf den Schild zu erheben, weil er dem Geschäftsführer des Bundes nicht gefällt.“ Herr Opitz wird es doch mit dem Bunde der Landwirte nicht verderben!

Einfuhr fremder Gänse. Dem Dresdener Journal wird aus dem Vogtlande geschrieben: Zeitiger als in den vorhergehenden Jahren ist heuer mit der Einfuhr der russischen Gänse nach Sachsen begonnen worden; am 1. d. M. traf bereits der erste diesjährige Gänsetransport im Vogtlande ein. Die Händler sind in diesem Jahre, das uns in den verschiedenen Gegenden des deutschen Reiches die verderbliche Geflügelholzpest gebracht hat, einer besonders strengen Aufsicht unterstellt. In Sachsen bei Marienberg befindet sich die Centrale dieses Gänseimports, der dort nahezu 800 Personen beschäftigt. Die Großhändler reisen an die russische Grenze, kaufen den russischen Aufzüchtern die Gänse ab und schicken sie mit der Eisenbahn nach Sachsen. Auf diese Weise werden jährlich mehr als 300000 russische Gänse nach Sachsen eingeführt, von den Kleinhändlern von Ort zu Ort getrieben und für 3 bis 3½ M. verkauft, während an Ort und Stelle und im ganzen das Stück mit 2,80 bis 2,40 M. bezahlt wird. Nach dem Gewichte darf man eine solche russische Gans freilich nicht bewerten; sie werden in besonders eingerichteten Eisenbahnwagen in vier übereinanderliegenden Abteilungen untergebracht (1200 Stück in jedem Wagen) und erhalten während der etwa viermonatigen Eisenbahnfahrt von der russischen Grenze bis nach Sachsen weder Wasser noch Futter, überstehen jedoch das unfreiwillige Fasten mit wenigen Ausnahmen gut, wenn die Gänse eine nicht zu große ist. So gehen allein nach Russland aus Sachsen alljährlich für Gänse mindestens 700000 M., die die kleinen Leute in Stadt und Land sich recht wohl selbst verdienen können, wenn sie sich der lohnenden Gänsezucht nicht annähmen. Denn die oben erwähnten 800000 russischen Gänse sind nicht etwa die einzigen in Sachsen eingeführten; aus den verschiedenen Landesteilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, namentlich aus Böhmen, kommen noch mehr, und es belief sich im Jahre 1900 die Einfuhr ausländischer Gänse nach Sachsen auf insgesamt 804627 Stück. Die legte in Sachsen vorgenommene Zählung der Geflügelbestände ergab leider das Vorhandensein von nur 372350 Gänzen, wobei allerdings zu beachten ist, daß dies mit Rücksicht auf den vorgeschriften Zähltermin (1. Dezember) wahrscheinlich ausgewachsene Gschüttiere und Schlachtgänse wohl kaum noch vorhanden waren.

Dresden, 12. Juni. Wie die Dresdener Nachrichten von zuverlässiger Stelle erfahren, wird die Kreditanstalt für Industrie und Handel ihre Kassen weiter geöffnet halten. Die Hilfsaktion der hiesigen und auswärtigen Banken ist bis auf kleine Formalitäten auf der Basis der bereits früher mitgeteilten Modalitäten abgeschlossen. Damit ist der Konkurs verhindert. Aus dem Aufsichtsrat der Bank sind nach einer Bekanntmachung des Vorstands die Herren Bankdirektor Karl Chrumbach (Direktor der Berliner Bank) in Berlin und Reinhard Georg Dinger in Dresden (früherer Mitinhaber der Firma Horn & Dinger) ausgeschieden.

Über die Entwicklung der Dresdener Kreditanstalt wird mitgeteilt: Die Kreditanstalt für Handel und Industrie ist 1856 errichtet worden, hatte bis 1875 ihren Sitz in Dessau, seitdem

In der Nacht vor der Hauptversammlung hatten aber Heinzelmannen mit der vorstehenden Inschrift eine Veränderung vorgenommen und diese lautete nun:

Ein dreifach Hoch der Landwirtschaft,

Der Junker lebt von Volles Kraft!

Zu der Technik des Dichtens sind, wie man sieht, die Heinzelmannen den mecklenburgischen Granden um ein Bedeutendes über. Die Heinzelmannen-Poetie wurde übrigens wieder besetzt und „unser Wolf“ wurde wieder in der Originalpoetie der Edlen bestrebt, in seiner Kraft nur sich selbst zu erhalten.

nr. Die australische Expedition, die zum Zwecke völkerkundlicher Forschungen unter der Führung des bedeutenden Ethnologen Professor Baldwin Spencer in das Innere des Erdteils gedrungen war, ist nach der letzten Meldung in Alice Springs, 10000 englische Meilen südlich von Port Darwin, eingetroffen. Von ihren wertvollen Sammlungen werden besonders Photographien der Kriegsstämme und religiösen Festlichkeiten der Eingeborenen hervorgehoben.

nr. Mahagoni-Jäger heißt im mittleren und südlichen Amerika eine wichtige und besonders gut bezahlte Klasse von Arbeitern, von deren Geschicklichkeit und Einfallsreichtum der Jahresverdienst vieler Betriebe in jenen Ländern abhängt. Die Mahagonibäume wachsen nicht in Gruppen, geschweige denn in ganzen Wäldern zusammen, sondern sind einzeln im Walde verstreut und meist in dicht wucherndem Gehölz verborgen. Es bedarf daher eines großen Geschickes und einer langjährigen Erfahrung, sie aufzufinden; und zu diesem Zwecke dienen eben die sogenannten Mahagoni-Jäger. Um einen großen Mahagonibaum zu fällen, müssen zwei Männer einen Tag lang arbeiten. Wegen der dornenartigen Auswüchse am Grunde des Stamms wird ein Gerüst um ihn errichtet und der Baum über diesen Auswüchsen abgeschnitten, so daß ein Stumpf von 10—15 Fuß Höhe bleibt und der beste Teil des Stammes verloren geht.

Dann wird der abgeschnittene Baum von den Jägern befreit und auf einen rohen Wagen mit Ochsen nach dem nächsten Fluss gebracht. Hier werden die Stämme zu Stoffen zusammengebunden und mit der Flotte strömab befördert. Der Preis des Mahagoniholzes wechselt sehr, das beste und härteste meißtägliche Holz wird mit etwa 640 M. oder, gar mit 800 M. pro Verkaufseinheit bezahlt.

Ein dreifach Hoch der Landwirtschaft!
In ihr erhält sich unseres Volles Kraft!

besondere Zeichnungen anzufertigen. Das verursachte den Unternehmern kolossale Arbeit und Kosten. Der Rat möge seine Zeichnungen in größerer Zahl anfertigen lassen und diese dann den Unternehmern zum Selbstostenpreise für die Abrechnungen abgeben.

Stadt. Rost: Die Herstellung der Abrechnungen sei für die Unternehmer das übelste am ganzen Dün; der Rat möge aber streng darauf bedacht sein, gewissenhafte Abrechnungen zu verlangen und kein Fragezeichen ohne Beantwortung durchlassen.

Der Ausschusshantrag auf Vorlegung einer neuen Abrechnung wird einstimmig angenommen.

Die Abrechnung über den Bau des Siechenhauses am Windmühlenvogel, das jetzt zu Krankenhauszwecken benutzt wird, hat das Kollegium schon vor Jahren beschäftigt. Die Richtigsprechung erfolgte aber nicht, weil eine Überschreitung von 141 530 M. vorgekommen war. Die Stadtverordneten hatten beantragt, die Abrechnung zunächst noch von einem Revisionsbüro, dessen Errichtung angeregt worden war, prüfen zu lassen. Schon damals hatte der jetzige Oberbürgermeister Dr. Tröndlin erklärt, daß der Rat zur teilweisen Deckung der Überschreitung 80 000 M. aus Stiftungsmitteln bewilligt habe. Bei den nun erfolgten Zurückgabe der Abrechnung bestreitet der Rat die Kompetenz der Stadtverordneten, die Richtigsprechung einer Rechnung von einer Vorbedingung, wie der Vorprüfung durch ein Revisionsbüro, abhängig zu machen. Neuerdings beantragen nun die Ausschüsse Richtigsprechung, verwahren sich aber entschieden gegen die vom Rat gegen den früheren Antrag angeführten Gründe. Der Ausschusshantrag wird angenommen.

47 Stiftungsrechnungen werden gleichfalls richtig gesprochen.

Genehmigt wird das Vertragsabkommen mit Herrn Musikalienhändler Hinrichsen betr. das Dr. Abraham'sche Vermächtnis von 400 000 M. zur Unterhaltung der Peterschen Musikbibliothek. Die Stadt hat das Gebäude, in dem sich die Bibliothek befindet, aus eigenen Mitteln zu unterhalten.

Schließlich wurde noch das Abkommen mit der Kirchen- und Schulgemeinde Probstheida genehmigt, wonach Probstheida eine Abfindung von 25 000 M. dafür erhält, daß das Vorwerk und die Heilanstalt Thonberg in Zukunft nicht mehr zu den Kirchen- und Schulfesten Probstheidas beizutragen hat.

Hier nach folgte noch eine fast zweistündige nichtöffentliche Sitzung.

Von Nah und Fern.

Unglücksfall auf der Germaniawerft.

Gaarden. 12. Juni. Heute früh 6¹/₂ Uhr fiel beim Fortschaffen eines Aufrichters derselbe auf die Seite und traf den Schlosser einer auswärtigen Firma so unglücklich, daß der Tod sofort eintrat. Außerdem wurden drei Arbeiter, darunter ein Lehrling, schwer und mehrere andere leicht verletzt. Beim Niederschlagen des Baumes wurde das Dach eines Schuppens total zertrümmert. Werkliche Hilfe traf leider erst nach einer halben Stunde ein. Die Schwerverletzten wurden nach Auslegung eines Verbandes nach den Heilanstalten transportiert. Das Unglück ist eine Folge überhasteter Arbeit. Das neue Linienschiff E sollte rechtzeitig vom Stapel gelassen werden können. Späteren Meldungen gemäß sind 2 Arbeiter tot und 3 schwer verletzt. Ein Schwerverletzter ist seinen Verlebungen gleichfalls erlegen.

Verhaftet.

Posen. 13. Juni. Als die Mörder des am Sonntage am Eichwaldtor ermordeten Soldaten sind zwei polnische Arbeiter verhaftet worden.

Der Typhus in München.

München. 12. Juni. Zu dem Stande der Typhusepidemie in dem zweiten Bataillon des 8. bayerischen Infanterieregiments in Mex schreibt die Korrespondenz Hoffmann: Ende vorigen Monats erkrankte ein bei der Pflege von Typhuskranken verwendeter Sanitätsgefreiter; vom Bataillon selbst ist seit dem 1. Mai kein Typhuskranker mehr hinzugekommen. Am 1. Juni starb noch ein Mann, der sich seit dem 20. März wegen Typhus in Behandlung befand. Durch Entlassung von 39 Genesenen aus dem Lazarett hat sich der Krankenbestand auf 247 vermindert, unter diesen befinden sich noch acht mit Fiebererscheinungen.

Gattenmord.

Breslau. 13. Juni. Ein grauenhafter Mord wurde hier entdeckt. Ein Versicherungsagent wütete nach einem Wortschlag mit seiner Frau diese zerstückelte den Leichnam und verbarg die Teile in einer Nische. Durch den üblen Geruch des ver-

wesenden Körpers wurde dieser entdeckt. Der Mörder ist verhaftet und geständig.

Vermischtes.

Ist der Krebsbazillus entdeckt? Prof. Dr. Max Schüller in Berlin hat soeben ein Werk veröffentlicht: Die Parasiten im Krebs und Sarkom der Menschheit, in dem er erklärt, es sei ihm gelungen, die Parasiten zu entdecken, welche die Erreger der genannten Krankheiten sind. Er fand den Krebsbazillus in zwei Formen. Zuerst eigentlich glänzende gelbliche Kapseln, die in ihrem Innern kleine Organismen bergen; die Kapseln platzen, und die kleinen Lebewesen gewinnen die Freiheit. Diesen jungen Organismus kann man als die eigentlichen Krankheitserreger betrachten. Aus ihrer schleimigen Hülle strecken sie kleine Fäden aus, die sich stets in zitternder Bewegung befinden. Sehr interessant ist es, wie sich die jungen Organismen zu dem Medium, in welchem sie sich befinden, verhalten. Vorbeipassierende, beziehungsweise durch die beständige minimale Strömung der Flüssigkeit vorbeigeführte feinsten Fäden (des zerfallenden Gewebes) werden nämlich nicht selten zwischen den Fäden für einige Zeit festgehalten, manche reißen sich wieder los, andere bleiben aber zwischen den Fäden hängen und werden durch die Poren des Parasiten in diesen aufgenommen. Dieser Vorgang, der in einer ausgeschnittenen Geschwulst beobachtet wurde, muß sich jedenfalls auch im Körper des an Krebs erkrankten Menschen abspielen. Die Organismen, die sich auf diese Weise nähren, dürfen durch die Poren auch ihre Ausscheidungen abgeben, und so das Blut des Menschen beeinflussen. Mit der bloßen Konstatierung, daß diese Parasiten bei Krebs- und bei Sarkomgeschwüsten, und zwar nur bei diesen, zu finden sind, hat sich jedoch Schüller nicht begnügt. Er fand, daß sie äußerst empfindlicher Natur seien. Eine Abkühlung vertragen sie nicht, auch die Erhitzung auf 50 Grad Celsius wirkt auf sie verderblich. Ein Tropfchen reinen Alkohols genügt, um sie in Scharen zu vertilgen. Auch andere, weniger bekannte Mittel gibt er an, die er mit geringerer Erfolg zur Verhinderung der Bakterien anwendete. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Schüller die von ihm zuerst entdeckten Parasiten auch an lebenden Patienten beobachtete. Er gibt der Vermutung Ausdruck, daß sie von außen in den menschlichen Organismus eindringen, und macht darauf aufmerksam, daß die geringe Geschwindigkeit, die in ihrer Heilung eine Verzögerung eintreten läßt, aufs sorgfältigste zu beobachten sei. Dr. Schüller eröffnete den Ausblick auf eine wirkliche Bekämpfung der Parasiten vom Blute aus, durch Injektion entsprechender Medikamente, und schließt sein Werk mit folgenden Worten: „Es ist ja immer möglich, zu prognostizieren, ob und wie viel bei der Eröffnung ganz neuer Untersuchungsergebnisse über das Wesen einer in den Erscheinungen und Folgen so schweren, für die Existenz ganzer Generationen oft so verhängnisvollen, weder die Fürsten noch die Armut verschönenden Krankheit, einer echten Geisel des Menschengeschlechts, die leidende Menschheit gewinnen wird. Ich glaube aber, daß schon die Kenntnis, daß die bestimmten, von mir entdeckten Parasiten die Erreger dieser Volksschande sind, die Kenntnis der Art ihres Eindringens, ihrer Einwirkung, ihrer Verbreitung, ihrer Lebensbedingungen, die neuen Ausschauungen über das Wesen und die Entstehungsweise des Krebses und der Sarkome, die da und dort verstreuten praktischen Hinweise und die, wenn auch nur flüchtig vorgetragenen neuen Gesichtspunkte für die Vorbeugung, Verhütung und Behandlung dieser Krankheiten günstigere Aussichten und bessere Erfolge erhoffen lassen.“ — In der neuesten Nummer der Berliner klinischen Wochenschrift veröffentlicht Prof. Dr. Adamkiewicz in Wien einen Artikel, in dem er die als Neverschrift gefragte Frage: Ist der Krebs heilbar? bejaht. Prof. Adamkiewicz hat bereits im Jahre 1891 die Ansicht ausgesprochen, daß die Krebszelle kein Epithelium ist, sondern ein Protozoon, speziell eine Coccidie, und hat daraufhin die Behandlung von Krebskrankungen mit einem von ihm gefundenen Mittel Cameroin in Vorschlag gebracht. Jetzt berichtet er über einen Fall von Krebskrankung „aller schwerster Art“, der nach seiner Angabe mittels des Cameroins geheilt worden ist. Er fasst seine Ausführungen in den Worten zusammen: 1. Der Krebs ist heilbar, 2. das Problem der Krebsheilung ist wissenschaftlich als gelöst zu betrachten. — Wir stehen nun vor der Frage: Ist der Bazillus des Prof. Schüller oder die Coccidie des Prof. Adamkiewicz Erreger der Krebskrankheit, oder ist dieser noch nicht gefunden?

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Kampf der Tabakarbeiter in Nordhausen dierte für die Unternehmer doch nicht so straflos verlaufen, wie der Herr Schulz

in seinem Eingangsrede in der Dienstags-Nummer der Leipziger Volkszeitung annimmt. Es ist zu wünschen, daß die Tabak- und Zigarrenhändler in ihrem eigenen Interesse in der heute abend stattfindenden Versammlung im Pantheon recht zahlreich erscheinen werden. Es werden sich dort Mittel und Wege finden lassen, das Monopol der Nordhäuser Firmen zu brechen.

Ein Tabakhändler, der auch versuchen wird, seine Kundenschaft an Nicht-Rebberschen Tabak zu gewöhnen.

Brieftaschen der Redaktion.

G. M. Großherz. Gewerbeschule zu Leipzig. Anmelbungen beim Direktor Pasemann. Floßplatz 8, II.

Auskunfts in Rechtsfragen.

G. R. Ihre Anfrage ist nicht recht verständlich. Es müssen doch alle Krankenlassen die Genehmigung der Behörde haben.

G. R. B. Nach Ihrer Darstellung halten wir die Beschwerde für erfolgreich. Wenden Sie sich aber lieber mit sämtlichen Unterlagen sofort an einen Rechtsanwalt.

G. R. 1000. Den Aufspruch haben Sie nur, wenn eine solche Vereinbarung vorher speziell getroffen wurde oder die etwa ähnlichen Arbeitern und Unternehmern Ihres Berufes geschlossenen Tarifabmachungen eine solche Bestimmung enthalten.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Große öffentliche Versammlung. Pantheon. Dresden. Abends 8 Uhr. Der Streit der Weber in Euvewalde und die Auspferzung der Tabakarbeiter in Nordhausen. Naturheilklasse Leipzig II. Villener Hof, Klosterstraße. Abends 1/2 Uhr. Marktstadt. Berlin I. Naturheilklasse. Gute Quelle. Abends 8 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 13. Juni: 157. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): **Die Landstreicher.** Operette in 2 Akten und einem Vorspiel von L. Krenn u. C. Lindau. Musik von C. M. Liehrer.

Negle: Regisseur Unger.	—	Direktion: Kapellmeister Meyer.
Fürst Adolar Gilla	:	Fr. F. Groß
Mudi von Rodenstein, Lieutenant	:	Fr. Lindner
Mudi von Muggenhain, Lieutenant	:	Fr. Braun
Wimi	:	Fr. Wolff
Vori	{	Fr. Neelp
Annie	:	Fr. Neeme
Adi	:	Fr. Voßle
August Klesdorbusch	:	Fr. Hennig
Reitha, seine Frau	:	Fr. Suttkuß
Lajos von Geletneky, Major	:	Fr. Heine
Gratwohl, Wirt	:	Fr. Keller
Anna, seine Tochter	:	Fr. Acheling
Roland, Professor	:	Fr. v. d. Bruch
Kampel, Gerichtsdienner	:	Fr. Prost
Leitgeb, Hotelier	:	Fr. Unger
Fran Leitgeb, dessen Frau	:	Fr. Rapp
Süßer, Dirigent des Männer-Gesangvereins	:	Fr. Breitwinkel
Jean, Kammerdiener	:	Fr. Mehlhorn
Sepp	:	Fr. Haussch
Ein Radfahrer	:	Fr. Renner
Eine Radfahrerin	:	Fr. Schröder
Kellner	:	
Badegäste. Volk. Klinger. Soldaten. Musstanten.	:	
In 2. Akt: Vorkommende Tänze arrangiert vom Ballettmästere	:	Z. Golmelli.

a) Postillon-Tanz, ausgeführt von den Damen des Corps de Ballet.
b) Russischer Nationaltanz, getanzt von Fr. Hruby u. Herrn Striegel.
c) Schlaf-Wallop, ausgeführt von Fr. Hruby, Herrn Striegel und den Damen des Corps de Ballet.

Nach dem Vorspiel und 1. Akt finden längere Pausen statt.
Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/20 Uhr. **Schausp.-Preise.**
Viller-Berlauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. **Viller.** Berlauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr. (Jedes Viller, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorberlauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufgeld.)

Spieldaten: Freitag: Teil (Oper). Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Dasheim am Herd. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 13. Juni:
XIV. Theaterabend der Leipziger Hinterstadt. Unter gütiger Mitwirkung des Kgl. Preuß. Hofbaupietlers Hrn. Adalbert Matkowitsch vom Kgl. Schauspielhaus zu Berlin und des Fr. Louise Dumont vom Deutschen Theater zu Berlin.

Judith. Eine Tragödie in 5 Akten von Christian Friedrich Hebbel. In Szene gesetzt von Arthur v. Verlaß.

Die Handlung ereignet sich vor und in der Stadt Bethulien.

Nach dem 3. und 4. Akt finden längere Pausen statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Erhöhte Preise.**

Spieldaten: Freitag und Sonnabend: Geschlossen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag: Speiseanstalt I (Johanniskirch): Spinat mit Mindestleisch.

Speiseanstalt II (Molenhalsgasse): Kartoffeln u. Zwiebeln mit Schöpfens.

Verein Gewerkschaftskartell für Leipzig und Umgegend.

Vorstand: August Dürk, L. Ander, Kubitschke Str. 3, II.

Kassierer: Hermann Wildenrath, L. Kauditz, Frieder August-Straße 2a, III.

Vorstand: Coburger Hof, Windmühlenstraße, Sonnabend abends von 1/2 bis 9 Uhr.

Familienanzeigen.

Herr Ernst Nesse gratulieren zum Geburtstag. G. St., R. L., M. D., W. M.

Klub der Harmlosen grat. 1. Vorst. Ernst

Nesse z. Geburtst. 's Fächer nicht verg.

Wir gratulieren unserem lieben Paul zum Geburtstage. Familie Wärnann.

Uns. L. Müller die herzl. Glückw. zum Geburtstage. Hoffmann u. Kujau.

Herr Karl Schulte, Schönefeld, die best. Glückw. z. Geburtst. Fam. Müller, Ch.

Meinem L. Mann G. Thiele die herzl. Glückw. z. Geburtst. D. Frau u. Kinder.

Unserem Bär von Taucha gratul. zum Burgelfeste. — Die Neuberpolierer.

Herr. Wendt z. f. heut. Wiegens. die herzl. Glückwunsche sendet G. B.

Grat. Herm. Wendt o. b. o. zu seinem Geburtstage. D. II. b. D. J. S.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter, Frau verm. Becker, sagen wir allen für den reichen Blumenstrauß unseren aufrichtigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Sieh du jetzt im Garten drin
Kommen süßle Winde,
Träne – und verjäum es nie!
Einen Wurm geschadlich
Berlangen Sie gell, ausdrücklich
Wurms Magendoktor!